

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Nr. 49.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 9. Dezember 1911.

Redakteur: H. Genthmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Veen, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Telegr.-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

13. Jahrg.

Christliche Gewerkschaften und Reichstagswahl.

II.

Gegenüber den Tatsachen nimmt sich der gerade in den letzten Wochen wieder mit besonderem Nachdruck erhobene Vorwurf der Genossen,

die christlichen Gewerkschaften seien Zentrums-gewerkschaften,

einfach lächerlich aus. Wir haben Mitglieder, Beamte in unserem Verbands, deren parteipolitische Auffassung sehr weit von einer Zentrumsgeinnung entfernt ist, die gegenüber der Zentrums-partei in scharfer Frontstellung stehen. Wir haben ganze Verbandsbezirke mit Hunderten von Mitgliedern, wo man keine drei Duzend Zentrumsanhänger findet. Wir haben in den beiden höchsten Instanzen unseres Verbandes, im Verbandsauschusse und im Zentralvorstande, Anhänger verschiedener bürgerlichen Parteien vertreten. Darum ist ein Mißbrauch unseres Verbandes für irgend eine politische Partei ganz und gar ausgeschlossen. Wer den christlichen Gewerkschaften politisch-parteilichen Charakter vorwirft, tut es entweder aus Unkenntnis, aus Vorurteil, aus politischer Verärgerung oder aus Bosheit. Letzteres trifft auf die Genossen zu. Uebrigens wechseln ihre Vorwürfe je nach der politischen Lage und den Zwecken, denen sie dienen wollen. So schrieb kürzlich noch die sozialdemokratische „Düsseldorfer Volkszeitung“, daß allein in Rheinland und Westfalen Tausende von nationalliberal gesinnten Arbeitern den christlichen Gewerkschaften angehörten. Ergötzlich sind auch die Illustrationen der Genossen zu dem „Zentrumscharakter“ der christlichen Gewerkschaften aus der Zeit des Wahlkampfes 1907. So schrieb die sozialdemokratische Dortmundener „Arbeiterzeitung“ nach der Wahl im Jahre 1907 (Nr. 53):

„Christliche Gewerkschaftsführer bringen es fertig, einen Mollenbuhr aus dem Reichstage zu verdrängen, um einen Binz hinzuzubringen.“

Herr Binz hat sich der Reichspartei angeschlossen. Und dasselbe Blatt in derselben Nummer:

„In Lennep-Wettman kämpften die Christlichen für einen Freisinnsmann, in Barmen-Oberfeld für einen Reichsparteiler, in Bielefeld-Wiederbrück und in Bochum-Gelsenkirchen für einen Liberalen. Einen Unterschied in der Partei gibt es für die christlichen Wiedermänner nicht mehr; sie würden für den Teufel eintreten, wenn sie sicher wären, damit einen Sozialdemokraten zu Fall zu bringen.“

Diese Ausführungen mit dem Vorwurf Zentrums-gewerkschaften auf einen Reim zu bringen, versteht nur die sozialdemokratische Verleumdungskunst.

Die christlichen Gewerkschaften stehen also der Parteipolitik und allen bürgerlichen Parteien gleich neutral gegenüber. Ein Eingreifen in den Wahlkampf zu Gunsten oder zum Nachteil dieser oder jener bürgerlichen Partei kann es darum unter keinen Umständen geben. Alle unsere Mitglieder, Ortsgruppenleiter oder sonstigen verantwortlichen Personen müssen sich das gerade in dieser Zeit fest einprägen. Eine Verletzung dieses Standpunktes kann unserer Bewegung unbeschreiblichen Schaden tun. An Wahlabkommen, Wahlverhandlungen und Wahlagitatorien darf sich keine Ortsgruppenleitung als solche beteiligen. Sie sollen auch den Schein vermeiden, als ob eine Parteinahme nach dieser oder jener Seite beabsichtigt wäre. Wir zweifeln nicht daran, daß in unserem ganzen Verbandsgebiete in diesem Sinne verfahren wird. Die christlichen Gewerkschaften haben bereits zwei Wahlen, zum Teil unter recht verwickelten parteipolitischen Gestaltungen, erlebt, ohne daß sie berechtigter Weise Anlaß zum Vorwurf der Verletzung der parteipolitischen Neutralität gegeben hätten. Der

parteipolitisch-neutrale Charakter der christlichen Gewerkschaften geht durchaus nicht, wie das die Genossenpresse oft behauptet, bei der ersten besten Gelegenheit in die Brüche. Er ist ein durchaus fester Bestand, der seine Feuerprobe mehr als einmal bestanden hat.

Die Stellung der christlichen Gewerkschaften der Sozialdemokratie gegenüber

steht auf einem anderen Blatt. Ihr gegenüber kann es keine Neutralität geben. Ihr gilt unser Kampf. Heute und immerdar. Die Sozialdemokratie ist die Todfeindin der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. „Aus den Zeilen der sozialdemokratischen Presse“, schrieb in seiner letzten Nummer das „Zentralblatt“ zur Charakterisierung unserer Stellung den Genossen gegenüber, „und aus den Reden der Versammlungsredner atmet uns ein Haß entgegen, der kaum noch zu überbieten ist. Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht gegen den einen oder anderen Vertreter der christlichen Arbeiter im Parlament, in der sozialistischen Presse die nichtsnützigsten und verlogenen Angriffe erfolgen. Die zahlreichen Beleidigungsprozesse gegen die Redaktionen sozialdemokratischer Blätter, die im letzten Jahre angestrengt werden mußten und die noch nicht alle erschöpft sind, geben dafür den besten Beweis. Wenn die Sozialdemokratie trotzdem auf irgendwelche Hilfe der christlichen Arbeiter hofft, so zeigt dies eben, wie tief man die Urteilsfähigkeit unserer christlichen Arbeiter einschätzt. Es muß vollständig ausgeschlossen sein, daß ein christlicher Gewerkschaftler einer Partei seine Stimme gibt, die seit einem Jahrzehnt es fast als ihre Haupttätigkeit ansieht, die christliche Gewerkschaftsbewegung zu bekämpfen und zu verunglimpfen, und mit allen Mitteln des Terrorismus die christlichen Gewerkschaften aus den Arbeitsstellen hinaus maßregelt.“ Für einen christlichen Gewerkschaftler, der seiner Verärgerung und seinem politischen Unmut durch Abgabe eines „roten“ Stimmzettels Luft machen wollte, träge wirklich das Sprichwort zu:

Nur die allerdümmsten Kalber
Wählen ihre Metzger selber.

Der Sozialdemokratie gegenüber kann man wirklich mit Goethe im Faust fragen: Was kannst du armer Teufel bieten? Die Sozialdemokratie ist bei ihrer heutigen Politik unfähig zu aufbauender Reformarbeit. Sie hat es nie verstanden, ein politisches Geschäft zu machen. Ihre Politik ist von dem bayrischen Sozialistenführer von Bollmar als eine Politik der Kinder bezeichnet worden. Wollten die Genossen in den sozialdemokratischen Gewerkschaften mit gleicher politischer „Weisheit“ „arbeiten“, wäre längst der letzte Mann aus denselben ausgestreut, denn auch sie zahlen keine hohen Beiträge für Gewerkschaften, die es nicht verstehen, etwas für die Arbeiter auf dem Wege der Kompromisse herauszuschlagen. Viel mehr aber noch als im gewerkschaftlichen gilt die Pflicht zu Kompromissen im politischen Leben für den, der etwas erreichen will. Selbst Kaughy jagt: „Ohne Kompromiß kein Gesetz; wer Gesetzgebung will, muß Kompromisse wollen.“ Die sozialdemokratische Dreimillionen-Partei hat sich zur völligen politischen Einflußlosigkeit entwickelt, hat den Einfluß der Arbeiterschaft in den Parlamenten dadurch überhaupt geschwächt und den der anderen Interessengruppen, namentlich der Scharfmacher, gestärkt. Die deutsche Sozialdemokratie ist die größte Gefahr für die gewerkschaftlichen und politischen Rechte der Arbeiter. Sie hemmt den Fortschritt und spielt der Reaktion fortwährend Trümpe in die Hand. In der Hinsicht liegt in einem großen Wahlerfolge eine ernste Gefahr für die Arbeiterschaft, die selbst die „Neue Zeit“, das wissenschaftliche Organ der marxistischen Sozialdemokraten, heranrücken sieht. —

Gilt auch als erster Grundsatz der christlichen Gewerkschaften im jetzigen Wahlkampfe „strenge

Neutralität allen bürgerlichen Parteien gegenüber“, so schließt das doch nicht Fälle aus, wo es sich **die christlichen Arbeiter ernstlich überlegen müssen,**

ob sie gewissen Kandidaten ihre Stimme geben können. Das ist jedesmal dann der Fall, wenn sich ein Kandidat anderen Interessengruppen gegenüber auf ein Programm verpflichtet, das den Lebensinteressen der Arbeitergruppen zuwiderläuft. Das sind vor allen Dingen Verpflichtungen für Ausnahmegeetze gegen die Arbeiterorganisationen, wie man sie heute allenthalben unter dem Decknamen „Arbeitswilligenschutz“ zu propagieren bestrebt ist. Kandidaten, die sich auf solche Punkte festlegen, dürfen doch wohl auf die Stimmen der christlich organisierten Arbeiter unter keinen Umständen rechnen.

Es ist eine Tatsache, die man vom reinen parteipolitischen Standpunkte aus bedauern mag, die sich aber aus dem Gang der allgemeinen Entwicklung natürlicherweise erklären läßt, daß sich bei Wahlen immer mehr wirtschaftliche Interessengruppen an die Parteien und die Kandidaten herandrängen, um diese für ihre Fragen festzulegen. Diese Erscheinung bildet ja eine ernste Frage für alle die politischen Parteien, die sich nicht von vornherein auf eine bestimmte Interessengruppe stützen. Kein vernünftiger Arbeiter wird nun von einem Kandidaten verlangen wollen, daß er in allen Forderungen mit ihm durch Dick und Dünn gehe. Das wäre ein unbilliges und unkluges Verlangen, das auf die tatsächlichen Verhältnisse gar keine Rücksicht nähme. Aber die erste Anforderung, die man an einen Kandidaten stellen kann, der auf die Stimmen verschiedener Berufsgruppen mit verschiedenen, zum Teil entgegenstehenden Interessen rechnet, ist: Objektivität und Gerechtigkeit allen Gruppen gegenüber. Die übt der aber nicht, der sich auf ein Programm verpflichtet, das die Lebensinteressen der Arbeiterorganisationen verletzt, dem Arbeiter die Möglichkeit zu gesundem wirtschaftlichen Vorwärtstreben zu unterbinden in der Lage ist. Ein solcher Kandidat mag aufgestellt und gewählt werden von seiner Interessengruppe, aber es wäre eine politische Unmöglichkeit verlangt, von Parteien aufgestellt und gewählt zu werden, deren Wählermassen sich aus verschiedenen Berufsschichten mit verschiedenen wirtschaftlichen Interessen zusammensetzen und die zusammengehalten werden von Fragen grundsätzlicher und ideeller Natur. Dadurch würde Sprengpulver in die Parteien hineingetragen werden. Und doch müssen die christlichen Arbeiter in der Hinsicht die Augen offen halten. Es sind solche Gruppen an der Arbeit. So hat der Zentralverband deutscher Industrieller vor einigen Jahren beschlossen, Gelder zu sammeln zu einem „Zukunftsur“, aus dem bei den Wahlen diejenigen Kandidaten unterstützt werden sollen, die sich auf bestimmte Punkte des Zentralverbandes festlegen. Daß unter diesen Punkten auch die Forderung nach Ausnahmegeetzen zu finden ist, bedarf gar keiner Frage. Einem solchen Manne kann ein christlich organisierter Arbeiter seine Stimme nicht geben.

Nicht anders verhält es sich mit dem Vorgehen des Zentralauschusses der vereinigten Innungsverbände.

Er hat unlängst einen Aufruf erlassen, in dem die deutschen Handwerker aufgefordert werden, bei den kommenden Reichstagswahlen nur solchen Kandidaten die Stimme zu geben, die sich u. a. erklären:

- 1) Gegen die Arbeitskammern.
- 2) Gegen eine reichsgesetzliche Arbeitslosenversicherung.
- 3) Für verstärkten gesetzlichen Schutz der Arbeitswilligen.

Kollege Giesberts hat damals schon den Zentralauschuß der Innungsverbände auf das Gefährliche seines Tuns hingewiesen und ein Abgehen von diesem

Standpunkte gefordert. Mit der Aufstellung dieser drei Forderungen habe der deutsche Innungsausschuss sich in einen scharfen Gegensatz begeben zur gesamten christlich-nationalen Arbeiterbewegung, die auf ihren verschiedenen Kongressen insbesondere die Errichtung von Arbeitskammern und die Sicherung des Koalitionsrechts verlangt hat, also das Gegenteil von dem, was der deutsche Innungsausschuss den Reichstagskandidaten proponiert. Damit sei ein Konflikt gegeben, der für die nächsten Reichstagswahlen für die Wahl bürgerlicher Kandidaten verhängnisvoll werden müsse. „Es kann als vollständig ausgeschlossen gelten, daß Kandidaten, welche sich auf die oben genannten drei Forderungen festgelegt haben, irgendwie eine Unterstützung seitens der christlich-nationalen Arbeiterschaft erhalten können.“

Das „Zentralblatt“ wiederholte die Mahnung, sich nicht auf dieses Scharfmacherprogramm zu verpflichten. Kollege Wiesberts habe wohl im allgemeinen die Anschauungen unserer christlichen Arbeiter zutreffend wiedergegeben. Es sei etwas unmögliches von unseren christlichen Arbeitern verlangt, Kandidaten ihre Stimme zu geben, die sich auf ein solch imperatives Mandat verpflichteten. Es sei notwendig, daß unsere Kollegen draußen sich rechtzeitig danach erkundigten, ob die zu wählenden bürgerlichen Kandidaten sich dem Innungsausschuss und seiner Scharfmachereien übergeben hätten.

Trotz dieser Warnungen hält der „Zentralausschuss deutscher Innungsverbände“ an seinem Programm fest, und sein Vertreter, das Herrenhausmitglied Klempnermeister Plate, hat es kürzlich im „Tag“ als Antwort gegenüber dem Kollegen Wiesberts erneut erhoben und eingehender begründet. Unter diesen Umständen werden unsere christlichen Textilarbeiter sich ihre Leute vorher gut ansehen müssen, ehe sie ihre Stimme abgeben oder gar für einen Kandidaten agitatorisch tätig sind. —

Können sich auch die christlichen Gewerkschaften an der Wahlbewegung und den politischen Parteigeschäften nicht beteiligen, so soll dadurch keineswegs der politischen Abstinenz unserer Mitglieder das Wort geredet werden. Ein „Nurgewerkschaftertum“ der christlich organisierten Arbeiter ist auch vom Standpunkte unserer Bewegung aus keineswegs zu wünschen. Im Gegenteil, es liegt im Interesse unserer Sache, wenn sich viele unserer Mitglieder außerhalb der Gewerkschaften natürlich in denen ihnen zugänglichen Parteien nach besten Kräften betätigen. Sie dürfen allerdings die notwendige Vorsicht nicht aus dem Auge lassen, die sie mit Rücksicht auf ihre Stellung in der Gewerkschaft nehmen müssen. Ein bestimmtes Verhalten läßt sich da von vornherein von hier aus ja nicht festlegen, weil die Verhältnisse viel zu verschieden sind. Aber im allgemeinen läßt sich doch wohl sagen, daß eine Betätigung in den Parteien auch im Interesse unserer Gewerkschaftsbewegung und der allgemeinen sozialen Arbeiterforderungen liegt. Das gilt für unsere Kollegen aller bürgerlichen Parteirichtungen ohne Ausnahme. Es kommt nur darauf an, daß wir unsere Tätigkeit im Wahlkampf auch der Gewerkschaftsbewegung dienlich machen. Wie das geschehen kann, darüber in einem besonderen Artikel.

Unsere Taktik bei Lohnbewegungen und Streiks.

Die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften ist, dem Arbeiterstand die Gleichberechtigung und einen möglichst großen Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verschaffen. Hierbei sind Differenzen mit den Unternehmern und selbst wirtschaftliche Kämpfe (Streiks) nicht immer zu vermeiden. Manche Differenzen lassen sich indes friedlich schlichten, manche Kämpfe weniger langwierig und erbittert gestalten, wenn unsererseits ruhig, zielbewußt und klug taktiert wird. Eine kluge Taktik kann dem Verbanne viel Geld und den Mitgliedern große Opfer ersparen, ohne daß der materielle Erfolg der Bewegung deswegen geringer zu sein braucht. Vor allem ist nötig, diese Taktik den veränderten Organisations- und Wirtschaftsverhältnissen anzupassen. Darum seien nachstehend einige Ratschläge gegeben.

Werden wir uns zunächst einmal klar über die Entwicklung der Dinge

in den letzten Jahren. In den ersten Jahren unserer Bewegung brauchten wir bei Lohnbewegungen zumeist nur mit dem einzelnen Arbeitgeber zu rechnen. Ein etwaiger Kampf hatte also nicht die schwerwiegende Bedeutung wie heute. Die Situation war leichter zu überschauen; taktische Fehler waren von nicht so weitreichenden Folgen. Infolgedessen konnte den Mitgliedern auch leichter ein größeres Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden. Manche, speziell ältere Kollegen, beurteilen auch heute noch die Bewegungen von den Gesichtspunkten aus. Sie vergessen ganz, daß die Verhältnisse

sich geändert haben. Heute haben wir mit den mächtigen, kapitalkräftigen Arbeitgeberorganisationen zu rechnen. Die gewerkschaftlichen Kämpfe und Erfolge haben die Unternehmer ebenfalls auf den Plan gerufen und zum Zusammenschluß veranlaßt. In der Textilindustrie war es vor allem der Crimmitschauer Kampf 1903/04, der den Hauptanstoß zur Gründung von Arbeitgeberorganisationen gab. Diese hatten zumeist den ausgesprochenen Zweck, den Einfluß der Arbeiterorganisationen zu brechen, um so den „Herr-im-Hause-Standpunkt“ der Unternehmer zu erhalten. Der Ausbau und die innere Festigung der Arbeitgeberorganisationen machte sich mehr und mehr auch bei den wirtschaftlichen Kämpfen geltend. Es kamen zunächst häufiger Aussperrungen lokaler Natur, später wurden solche auch über ganze Bezirke verhängt. Nicht allzulange mehr wirds dauern und wir werden genau so wie andere Berufe auch mit der Aussperrung sämtlicher Textilarbeiter und -Arbeiterinnen zu rechnen haben.

So kann heute auch in der Textilindustrie jeder kleine Brand zu einem Großfeuer werden. Es sei nur an den letzten Kampf in Westfalen erinnert. Derartige Kämpfe ziehen Hunderte, ja Tausende unbeteiligter Arbeiter in Mitleidenschaft, ihre Durchführung erfordert große materielle Opfer und stellt unter Umständen die fernere Aktionskraft der Organisation aufs Spiel. Daß angesichts dieser veränderten Situation bei Bewegungen mit viel größerer Vorsicht und Umsicht, mit weit mehr Klugheit und Sachkenntnis operiert werden muß wie früher, liegt auf der Hand. Ebenso ist es ganz selbstverständlich, daß angesichts der aus jedem Kampf möglicherweise entstehenden Konsequenzen die Entscheidung über Krieg und Frieden nicht den an der Bewegung Beteiligten selbst überlassen bleiben darf.

Welche taktischen Momente sind nun bei Lohn- und Arbeitsstreiks zu berücksichtigen. Vor allem hat die Einleitung einer Bewegung,

wie besonders die Aufstellung der Forderungen, stets im Einverständnis und möglichst auch unter persönlicher Mitwirkung des Bezirksleiters zu erfolgen. Man unterbreite die Forderungen erst dann den Arbeitern, wenn der Bezirksleiter die Forderungen geprüft und zu denselben seine Zustimmung erteilt hat. Vor Aufstellung der Forderungen muß selbstverständlich das nötige Material über die Lohnverhältnisse im eigenen Betriebe und eventuell in Konkurrenzbetrieben sowie über eventuelle Preissteigerungen der zum Lebensunterhalt nötigen Bedarfsartikel beschafft werden. Ueber Preissteigerungen orientieren am besten die von uns umfänglich schon empfohlenen Haushaltsbücher, wenn solche richtig geführt werden. Die Forderungen selbst sollen nicht übertrieben, müssen aber mit Kompensationspunkten versehen sein und gut begründet werden. Die Begründung ist in höflicher, jede Provokation vermeidender Form abzufassen. Ultimata sind möglichst zu vermeiden. Man lege sich auch nicht von vornherein auf bestimmte Forderungen unbedingt fest, verhalte eine Kadikalisierung der in der Bewegung stehenden Kolleginnen und Kollegen und laße diese keinen Moment im Zweifel darüber, daß die Entscheidung über einen eventuellen Streik allein beim Zentralvorstand liegt. Bei gemeinschaftlichem Vorgehen mit andern Organisationen bilde man eine gemeinsame Kommission zur Leitung der Bewegung, vermeide aber möglichst gemeinsame Versammlungen. Ratsam ist, wenn vor den gemeinschaftlichen Kommissionssitzungen unsere Kommissionsmitglieder zuvor gesondert beraten, um vor allem unter sich schlüssig zu werden.

Auch bei Verhandlungen

spielen Klugheit und Weisheit eine nicht zu unterschätzende Rolle. Da ist vor allem nötig, daß in die Ausschüsse und Lohnkommissionen nur ruhige, intelligente und tüchtige Arbeiter gewählt werden. Die Verhandlungen selbst sollen in der Sache fest, in der Form aber höflich, und möglichst im Beisein von Zeugen geführt werden. Liegen indes die Verhältnisse so, daß ein Verhandlungsbeamter mal allein verhandeln muß, so wittere man doch nicht gleich „Verrot“ dahinter, sondern erkenne dessen Bemühungen gerne an. Zweckmäßig ist es bei Verhandlungen, in minder wichtigen Fragen nachzugeben, um in wichtigeren Zugeständnisse zu erzielen. Drohen die Verhandlungen an einem Punkt zu scheitern, so gehe man zu einem andern minder wichtigen über, bis sich die Gemüter beruhigt haben und mehr Aussicht auf eine Verständigung vorhanden ist. Bei strittigen Fragen ist es ratsam, daß die Arbeitervertreter in ein Nebenzimmer abtreten und sich verständigen und die Einigkeit den Arbeitgebern gegenüber wahren. Verhandlungen lasse man, wenn immer möglich, protokollierend aufnehmen und vor allem das Ergebnis schriftlich niederlegen, um Mißverständnissen vorzubeugen. Auch von jedem Schreiben behalte man eine Kopie zurück und behalte diese nebst den auf die Bewegung sich beziehenden Eingängen sorgfältig auf. Mit den Arbeitgebern getroffene Vereinbarungen lasse man nach vorheriger Rücksprache mit den führenden Kollegen auch durchdrücken. Wiederholte Ablehnung getroffener Vereinbarungen können von nachteiligen Folgen sein. Im übrigen vermeide man alles, was Verhandlungen und damit eine Verständigung vereiteln oder er-

schweren könnte; so vor allem unvorsichtige, persönlich verletzende oder der Wahrheit nicht entsprechende Äußerungen, besonders in Presspolemiken und Flugblättern, man hüte sich auch während der Verhandlungen gefällene Äußerungen oder gar vertraulich zu behandelnde Einzelheiten anzuplaudern und breitzutreten.

Nun noch ein kurzes Wort über einige

Maßnahmen bei Streiks.

Während eines Streiks ist in erster Linie nötig eine strenge Streikkontrolle. Diese nehme man stets gesondert im eigenen Verkehrslokale vor. Ein wichtiger Punkt ist auch das Fernhalten von Arbeitswilligen durch Aufstellung von Streikposten. Es ist selbstverständliche Pflicht eines jeden Mitgliedes, sich hierzu der Streikleitung zur Verfügung zu stellen. Indes schlicke man Trinker und allzuleicht erregbare jähzornige Personen, speziell bei gefährlichen Situationen, von solchen Posten von vornherein aus. Im übrigen warne man stets vor dem Alkoholgenuß und besonders auch vor Ausschreitungen irgendwelcher Art. Es muß den Streikenden klar gemacht werden, daß ruhiges Verhalten ihre Chancen vermehrt.

Das sind kurz zusammengefaßt die wichtigsten taktischen Momente, die bei Arbeitsstreiks zu berücksichtigen sind. In einem folgenden Artikel werden wir uns über die Befugnisse des Zentralvorstandes und über die Notwendigkeit der Erziehung der Arbeiter zur Disziplin und Opferwilligkeit verbreiten.

Dauernde Erwerbsunfähigkeit im Sinne der RVO.

Aus der Halbmonatschrift: „Der Versicherungsbote“.

Die Reichsversicherungsordnung unterscheidet ebenso wie das Invalidenversicherungsgesetz zwischen dauernd erwerbunfähig und vorübergehend erwerbunfähig. Wer dauernd erwerbunfähig ist, erhält die Invalidenrente vom Tage des Eintritts der dauernden Erwerbunfähigkeit ab. Nicht dauernd erwerbunfähige Versicherte, welche während 26 Wochen ununterbrochen erwerbunfähig gewesen sind, erhalten die Invalidenrente für die weitere Dauer ihrer Erwerbunfähigkeit, also erst von Beginn der 27. Woche ab (sog. Krankenrente). Darüber, wann dauernde und wann vorübergehende Erwerbunfähigkeit anzunehmen ist, sagt das Gesetz nichts. In der Praxis entstehen über diese Frage nicht selten Zweifel. Nach der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes ist das Wort dauernd nicht zu streng auszulegen; es ist nicht gleichbedeutend mit immerwährend. Eine entfernte Möglichkeit einer Wiederherstellung schließt die Annahme der dauernden Erwerbunfähigkeit nicht aus. Dauernde Erwerbunfähigkeit ist vielmehr eine solche, deren Beseitigung in absehbarer Zeit nach menschlicher Voraussicht nicht möglich ist; sie ist ein Zustand, in welchem eine bestimmte Hoffnung auf Heilung oder wesentliche Besserung in absehbarer Zeit nicht besteht. Das Wesentliche ist also, daß eine bestimmte Hoffnung auf Wiederherstellung der Erwerbunfähigkeit bestehen muß, und daß diese Wiederherstellung in absehbarer Zeit eintreten wird.

Nicht selten hängt die Entscheidung der Frage, ob die Erwerbunfähigkeit eine dauernde oder vorübergehende ist, davon ab, ob gewisse Maßnahmen ergriffen werden. Die Sache liegt vielfach so, daß eine bestimmte Hoffnung auf Wiederherstellung in absehbarer Zeit besteht, wenn Krankenhausbehandlung, Operation, ein sonstiges Heilverfahren eintritt, wenn Heilmittel, Waldaufenthalt gewährt werden usw. Hier ist die Erwerbunfähigkeit eine vorübergehende, auch wenn die Versicherungsanstalt es ablehnt, auf ihre Kosten die Kur durchzuführen.

Dauernd ist die Erwerbunfähigkeit dann, wenn sie nur durch eine Operation gehoben werden kann, und diese von dem Versicherten abgelehnt wird; der Versicherte erleidet in diesem Falle auch keine Rechtsnachteile, denn kein Rentenbewerber ist verpflichtet, sich einer Operation zu unterziehen. Die dauernde Erwerbunfähigkeit besteht also dann von dem Zeitpunkt an, in dem der ohne operativen Eingriff unheilbare Zustand objektiv vorhanden war. Ist dagegen ein im Sinne des § 38 erwerbunfähiger Rentenbewerber ohne weiteres bereit, sich der Operation zu unterziehen, und hat die Operation den erhofften Erfolg, so war die Erwerbunfähigkeit keine dauernde, sondern lediglich und von vornherein eine vorübergehende.

Nicht dauernd ist die Erwerbunfähigkeit dann, wenn sie durch Anwendung eines geeigneten Heilmittels z. B. Anlegung eines Bruchbandes beseitigt werden kann, und zwar auch dann nicht, wenn die Versicherungsanstalt die Lieferung eines solchen ablehnt, denn wo der Gebrauch eines der gewöhnlichsten Heil- und Hilfsmittel die sichere Wiederherstellung der Erwerbunfähigkeit verspricht, ist es begründlich und sprachlich ausgeschlossen, eine dauernde Invalidität anzunehmen.

Sehr vielen Zweifeln begegnet in der Praxis die Frage, auf welchem Zeitpunkt der Beginn der dauernden Erwerbunfähigkeit zu legen ist. Das Gesetz enthält auch hierüber keinerlei Bestimmung, sondern verordnet in § 41, Abs. 1 RVO nur folgendes:

„Die Invalidenrente beginnt mit dem Tage, an welchem der Verlust der Erwerbunfähigkeit eingetreten ist. Als dieser Zeitpunkt gilt, sofern nicht ein anderer in der Entscheidung festgesetzt wird, der Tag, an welchem der Antrag auf Bewilligung der Rente bei der zuständigen Behörde eingegangen ist.“

Vielfach nimmt man nun an, daß, wenn ein Versicherter an einem bestimmten Tage erwerbsunfähig wird und seitdem ununterbrochen erwerbsunfähig bleibt, der Beginn der dauernden Erwerbsunfähigkeit unbedingt mit dem Tage der Erkrankung zusammenfällt. Andere wieder meinen, daß der Beginn der dauernden Erwerbsunfähigkeit auf den Tag verlegt werden müßte, an dem die Unheilbarkeit der Krankheit erkannt ist. Noch andere sind der Ansicht, daß der Beginn der dauernden Erwerbsunfähigkeit nicht vor Ablauf der Krankenkassenverpflichtung angenommen werden dürfe. Alle diese Auffassungen entsprechen nicht der durch die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes geschaffenen Rechtslage. Das RVA hat in seiner grundlegenden Revisionsentscheidung vom 15. März 1893 folgendes ausgeführt: „Es ist zu beachten, daß eine Krankheit, auch wenn sie den Betroffenen seit ihrem Beginn erwerbsunfähig gemacht hat, und wenn nach ihrem Ablauf eine Erwerbsfähigkeit überhaupt nicht oder doch nicht in dem zur Fortsetzung des Versicherungsverhältnisses erforderlichen Grade wieder eingetreten ist, noch nicht notwendig als von vornherein mit dauernder Erwerbsunfähigkeit verbunden angesehen zu werden braucht. Es kommen häufig Fälle vor, in denen eine Person an einem Leiden erkrankt, welches nicht nur seiner Natur nach vom Standpunkt der ärztlichen Wissenschaft als an sich heilbar bezeichnet werden kann, sondern auch nach der Art seines Auftretens speziell bei dem Betroffenen nach vernünftigem Ermessen Aussicht auf Heilung bietet, gleichwohl aber statt des Eintritts einer solchen Heilung dauernde Erwerbsunfähigkeit herbeiführt. Dieser der Erwartung widersprechende Ausgang kann durch den Hinzutritt besonderer, auch äußerlich erkennbarer Komplikationen oder Verschlimmerungen veranlaßt sein. In einem solchen Falle werden sich zwei Krankheitsphasen deutlich abheben, von denen die erste, bis zum Eintritt jener schädigenden Momente reichende, als ein Zustand vorübergehender, der zweite aber als ein Zustand dauernder Erwerbsunfähigkeit sich kennzeichnet. Es können aber auch jene schädigenden Momente, welche die zweite Krankheitsphase einleiten, auf mehr oder minder lateralen, innerlichen Vorgängen beruhen, deren genaue Entwicklung sich zwar der Beobachtung des Arztes entzieht, auf deren wirkliches Vorhandensein derselbe aber nach dem ganzen der sachverständigen Voraussage nicht entsprechenden und anormalen Verlaufe der Krankheit mit ausreichender Sicherheit schließen kann.“

Auch hier werden die beiden Krankheitsphasen unterschieden werden müssen, und nur ihre zeitliche Abgrenzung gegeneinander wird oft mit Schwierigkeiten verbunden sein. In dieser Beziehung wird man dann das freie sachverständige Ermessen gelten lassen müssen und in Ermangelung anderer Anhaltspunkte denjenigen Zeitpunkt als den des Eintritts dauernder Erwerbsunfähigkeit festzustellen haben, von dem ab der Arzt bei verständiger pflichtmäßiger Beurteilung den Eintritt der Heilung beziehungsweise der Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit für ausgeschlossen erachtet.

Hieraus ergibt sich in Fällen der vorliegenden Art, in denen also die Wiederherstellung vom Arzte anfänglich erwartet und vorausgesetzt, demnachst aber ungeachtet des Fehlens äußerlich erkennbarer Komplikationen oder Verschlimmerungen tatsächlich nicht eingetreten ist, folgendes für die Beurteilung seitens der mit der Rentenfestsetzung befassen Organe, also der Versicherungsanstalt und in höherer Instanz des Schiedsgerichts und des RVAmtes:

Ausschlaggebend kann nicht sein, ob die Unheilbarkeit der Krankheit oder die durch letztere verursachte dauernde Erwerbsunfähigkeit früher oder später vom Arzte erkannt ist, was ja durch mehr oder minder zufällige, vielfach auch in der Person des jeweiligen Sachverständigen liegende Umstände beeinflusst sein kann, sondern nur darauf kommt es an, ob und wann nach Ueberzeugung des festsetzenden Organs die Krankheit tatsächlich dauernde Invalidität erzeugt hat. Es wird also im Hinblick auf das gesamte Bild, welches die Krankheit nach ihrem Stande zurzeit der nunmehrigen Beurteilung darbietet, zu prüfen sein, ob die damalige Vorausbestimmung des Verlaufes und des Ausganges seitens des Arztes (Prognose) auf objektiv richtiger Erkenntnis der Ursachen und Art der Krankheit (Diagnose) beruht, und ob außerdem die Prognose eine in sich so wohlbegründete war, daß ihr tatsächliches Nichteintreffen sichtlich nur auf den nachträglichen Eintritt besonderer, wenn auch nicht immer genau bestimmbarer Umstände zurückgeführt werden kann, welche nicht vorausgesehen worden sind und auch nicht vorausgesehen werden konnten. Es muß also das Krankheitsbild, wie es sich dem nachträglichen Beurteiler zeigt, die Scheidung jener beiden Krankheitsphasen zulassen. Ergibt sich dagegen, daß die günstige Prognose auf unrichtiger Diagnose beruht, und daß von vornherein ein nach dem derzeitigen Stande der Wissenschaft unheilbares Leiden vorlag, welches der Arzt nur in seinen früheren Stadien als solches nicht erkannte, so kann nicht von zwei verschiedenen Phasen der Krankheit, sondern nur von einem einheitlichen Krankheitsbilde die Rede sein. In diesem Falle, sowie dann, wenn sich zwar die Diagnose als richtig herausgestellt hat, das feststellende Organ aber aus der gesamten Sachlage nicht die Ueberzeugung gewinnt, daß die Prognose eine nach den damaligen Umständen in sich wohlbegründete im obigen Sinne war, wird anzunehmen sein, daß der Beginn der dauernden Erwerbsunfähigkeit mit dem Anfange der Krankheit selbst zusammenfällt.

Zur Entwicklung des deutschen Auslandsgeschäftes in Textilwaren.

(Siehe hierzu Nr. 48 der „Textilarbeiter-Zeitung“.)

Wie beim Baumwollgarn, so ist auch beim Leinengarn das Verhältnis der Einfuhr und Ausfuhr entsprechend dem des Rohstoffes zum Fertigfabrikat. Wie dort ist auch hier die Einfuhrmenge bedeutend größer als die Ausfuhrmenge. Es betrug:

Jahr	Der Einfuhr		Der Ausfuhr	
	Menge t	Wert Mill. M.	Menge t	Wert Mill. M.
1893	12 216	23,6	1181	2,2
1894	10 767	17,4	1050	1,8
1895	9 407	14,9	1172	1,9
1896	10 042	14,7	1200	1,9
1897	10 507	15,2	1425	2,2
1898	12 541	17,7	1440	2,1
1899	13 862	18,9	1421	2,2
1900	12 568	19,7	1437	2,8
1901	10 772	18,4	1256	2,6
1902	8 277	13,9	1561	3,1
1903	10 426	17,8	1594	3,3
1904	11 135	19,6	1446	2,9
1905	11 429	19,7	1461	2,9

Wie aus der Tabelle ersichtlich, ist Ein- und Ausfuhr wenigstens der Menge nach ziemlich stabil geblieben; im Werte ist vielleicht eine im Verhältnis zur Menge stärkere Steigerung zu konstatieren. Unsere Kolonien kommen für die Einfuhr von Leinengarnen nicht in Betracht. Bei weitem der größte Teil der bei uns eingeführten Menge stammt aus Belgien, Großbritannien und Oesterreich-Ungarn.

Ein wesentlich anderes Bild erhalten wir, wenn wir die Zahlen der Ein- und Ausfuhr von Leinwand, Leinenem Zwillich und Drillisch, den letzten Fertigfabrikaten von Flach, betrachten.

Jahr	Der Einfuhr		Der Ausfuhr	
	Menge t	Wert Mill. M.	Menge t	Wert Mill. M.
1893	645	4,4	2259	10,4
1894	678	4,4	1736	6,9
1895	643	4,9	1932	7,5
1896	693	5,3	2134	8,2
1897	860	5,7	2276	8,2
1898	848	5,7	2141	7,7
1899	815	5,6	2303	8,2
1900	725	6	2535	9,5
1901	599	5	2455	9,7
1902	621	5,1	2568	9,7
1903	644	5,3	2857	11
1904	647	5,5	2804	11,2
1905	624	5,4	2920	11,6

Die Ausfuhr hat eine durchweg steigende Tendenz. Nachdem sie 1894 in plötzlichem Fall auf 1736 t im Werte von 6,9 Mill. M. gesunken war, stieg sie ohne Unterbrechung bis zum Jahre 1905, wo 2920 t im Werte von 11,6 Mill. M. ausgeführt wurden. Als einziges Land, das bei uns die genannten Artikel einführt, kommt Großbritannien in Frage, während Dänemark, die Schweiz und die Vereinigten Staaten von Amerika in erster Linie und fast im gleichen Verhältnis für die Einfuhr in Betracht kommen.

Die Einfuhr von leinenem Tisch-, Bett- und Handtücherzeug ist heute ganz minimal; 1905 ist sie mit 3 t angegeben! Eine um so bessere Entwicklung hat die Ausfuhr genommen. Eine nennenswerte Bedeutung hat sie allerdings erst erhalten, nachdem Amerika als Käufer auf den Plan getreten ist. Dies geschah in größerem Maße zum ersten Male im Jahre 1889, wo die Einfuhr 510 t im Werte von 2,5 Mill. M. betrug. 1903 stellten sich diese Zahlen auf 995 t bzw. 5,2 Mill. M., 1904 auf 1014 t bzw. 5,4 Mill. M. und 1905 auf 1005 t bzw. 5,4 Mill. M. Die Gesamtausfuhr betrug:

1903	1132 t im Werte von 5,9 Mill. M.
1904	1128 t " " " 6 " "
1905	1138 t " " " 6,1 " "

Die Kolonien haben für unsere Leinenindustrie bis jetzt noch keine wesentliche Bedeutung. Vielleicht wird sich das bei zunehmender Kolonisation ändern, denn dann dürften besonders leinene Kleidungsstücke begehrt sein. Waren aus grauer Packleinwand sind die einzigen, welche die Statistik anführt. Ihre Einfuhrziffern sind allerdings noch recht bescheiden, sie stellten sich 1901 auf 48 dz im Werte von 15000 M., 1902 auf 70 dz im Werte von 22000 M., 1903 auf 70 dz im Werte von 22000 M., 1904 auf 89 dz im Werte von 28000 M., 1905 auf 150 dz im Werte von 46000 M.

Der Reihenfolge der von uns betrachteten Rohstoffe folgend, sind als wichtigstes Produkt des Hanfes die Seilerwaren hier zu nennen. Deren Einfuhr ist ganz unbedeutend, die Ausfuhr überwiegt sie um das Vielfache. Diese betrug:

Jahr	Menge		Jahr	Menge	
	t	Wert Mill. M.		t	Wert Mill. M.
1880	3140	2,5	1893	5041	5,0
1881	3409	2,7	1894	5088	5,0
1882	3668	3,3	1895	5312	4,8
1883	3619	3,3	1896	5091	4,6
1884	3592	3,2	1897	5597	5,0
1885	3690	3,3	1898	5557	5,0
1886	3993	3,8	1899	6093	6,4
1887	4447	4,2	1900	6338	7,0
1888	4554	4,8	1901	5386	6,7
1889	4233	5,1	1902	6164	6,8
1890	4516	5,1	1903	6712	9,4
1891	4811	4,8	1904	6156	6,3
1892	4976	5,0	1905	6075	6,4

Wie die Tabelle ergibt, hat sich seit 1880 die Ausfuhr verdoppelt. Diese Bewegung geht fast parallel mit der Einfuhr von Manillahanf, die sich seit 1880 bis 1905

ebenfalls annähernd verdoppelt hat. Das Haupteinfuhrland von deutschen Seilerwaren ist Großbritannien. Es führt ein Viertel bis ein Sechstel unserer Gesamtausfuhr ein. Die Einfuhr betrug:

1902	1665 t im Werte von 1,8 Mill. M.
1903	1624 t " " " 2,3 " "
1904	1261 t " " " 1,4 " "
1905	796 t " " " 0,9 " "

Ueber das Auslandsgeschäft in anderen Erzeugnissen der Textilindustrie in einem ferneren Artikel.

Aus der Arbeiterbewegung.

Das Wesen des freien Arbeitsvertrages. Grundlegend für das moderne Arbeitsverhältnis ist § 105 der Gewerbeordnung. Dieser bestimmt: Die Regelung des Arbeitsverhältnisses bleibt — bestimmte gesetzliche Beschränkungen ausgenommen — Gegenstand freier Uebereinkunft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Gesetzliche Beschränkungen des freien Arbeitsvertrages haben wir vor allem in den Arbeiterschutz- und Versicherungsgeetzen. Das weite übrige Gebiet aber, vor allem der Lohnzahlung und Lohnberechnung und — speziell für männliche Arbeiter — der Arbeitszeit, haben die beiden Kontrahenten im Arbeitsverhältnis — Unternehmer und Arbeiter — selbst unter sich zu regeln. Nun ist der Arbeiter rechtlich frei, Arbeit anzunehmen oder, falls ihm die Arbeitsbedingungen nicht zusagen, abzulehnen. Tatsächlich aber ist er in der Regel nicht frei. Der Arbeiter besitzt meist kein Vermögen; er lebt, wie man zu sagen pflegt, von der Hand in den Mund. Er ist also unter allen Umständen auf die Annahme von Arbeit und damit auf den Abschluß des Arbeitsvertrages angewiesen, während der Arbeitgeber wenigstens zeitweise die Arbeitskraft des Arbeiters zu entbehren vermag, ohne deswegen in Not zu geraten. Der Arbeiter ist also dem Unternehmer gegenüber im Nachteil. Er vermag als Einzelner auf den Arbeitsvertrag und damit auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse keinen Einfluß auszuüben. Hierzu ist er erst dann in der Lage, wenn er auf den Unternehmer, eventl. durch Zurückbehaltung seiner Arbeitskraft, einen Druck auszuüben vermag. Diese Zurückbehaltung der Arbeitskraft hat aber auch nur dann Erfolg, wenn sie von den Arbeitern eines oder mehrerer Betriebe gemeinsam erfolgt; nur bei geschlossenem Zusammenstehen vermag die Arbeiterschaft einen Druck auf die Arbeitgeber auszuüben.

Diese tatsächliche Unfreiheit des Arbeiters wird noch durch verschiedene andere Momente verschärft. Der Arbeiter ist persönlich mit seiner Arbeitskraft, die er dem Arbeitgeber zur Verfügung stellt, verbunden. Schlechte Arbeitsverhältnisse — ungenügende Entlohnung, übermäßige Ausnutzung der Arbeitskraft, hohe Temperatur und Staubentwicklung usw. — wirken auch ungünstig auf die persönlichen Güter — Gesundheit, geistig-sittlichen Kräfte — des Arbeiters ein. Die Arbeitskraft des Arbeiters besitzt auch nicht die Beweglichkeit jeder beliebigen Ware. Der Arbeiter ist nicht ohne weiteres in der Lage, mit seiner Arbeitskraft die günstigsten Marktverhältnisse auszunutzen, d. h. die besten Lohn- und Arbeitsverhältnisse aufzuzuchen. Er ist an den Ort gefesselt, weil mittellos, und muß die örtlichen ungünstigeren Verhältnisse in Kauf nehmen.

Diese Gesichtspunkte sind es in erster Linie gewesen, die den Arbeiter veranlaßten, sich mit seinen Standeskollegen und Kollegen zusammenzuschließen. Denn nur der Zusammenschluß, die Organisation, vermag obigen Mängeln abzuhelfen und die Nachteile des freien Arbeitsvertrages für den Arbeiter auszumerzen. Der organisierte Arbeiter besitzt die Möglichkeit, mit seinen Arbeitskollegen gemeinsam die Arbeitskraft zurückzuhalten durch Arbeitseinstellung. Dadurch kann er auch berechtigten Forderungen Gehör verschaffen und durch seinen Einfluß auf den Arbeitsvertrag die persönlichen Güter vor Nachteilen bewahren. Die Organisation ist also, mit einem Wort gesagt, eine absolute Notwendigkeit für den Arbeiter.

Bersammlungsstaktik dem Gegner gegenüber.

Die Erfahrungen, die man im Versammlungsleben macht, zeigen, daß gerade über unsere Taktik dem Gegner gegenüber einige Winke durchaus am Platze sind. Sie seien nachstehend gegeben. Den Besuch gegnerischer Versammlungen soll man, weil zwecklos, möglichst unterlassen, auch dann, wenn vom Gegner das beliebte Mittel der schriftlichen Einladung angewandt wird. Wir haben keine Veranlassung, uns als Reklamemittel herzugeben und dem Gegner gut besuchte, interessante Versammlungen zu verschaffen. Laßt sich nach Lage der Dinge der Besuch einer gegnerischen Versammlung nicht vermeiden, so bereite man denselben gut vor und vereinbare unter sich von vornherein die einzuführende Taktik. Die Mitglieder haben in solchen Versammlungen der Parole der Führer unbedingt Folge zu leisten.

Sind in einer eigenen Versammlung Gegner anwesend und wünscht man eine Aussprache mit denselben, so vereinbare man oder bestimme selbst eine gewisse Redezeit. Hat ein Gegner das Wort, so lasse man ihn ruhig aussprechen. Unschäliche oder unverständige, speziell persönlich verletzende Bemerkungen derselben hat der Vortreffende zu rügen. Sich ungezogen benehmende gegnerische Versammlungsteilnehmer verwarne man zunächst. Hilft das nicht, so verweise man ihnen das Lokal. Bei eventueller Weigerung nehme man rücksichtslos die Polizei in Anspruch oder man erstatte — falls die Gegner uneingeladen zur Versammlung erscheinen — Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Hierzu ist nötig, daß man sich für die Dauer der Versammlung vom Besitzer resp. Mieter des Lokals das Hausrecht ab-

Soll denn das Leid als Knecht dich finden?
Wolle! Du kannst es überwinden.

Salzab Eisenbrodt

treten läßt. Kommt ein als gewissenlos und als Stänker bekannter Genosse zur Versammlung, so verweigere man ihm ohne weiteres das Wort. Wir haben durchaus keine Veranlassung, uns durch derartige Elemente die Versammlung verderben zu lassen.

Gemeinschaftliche Versammlungen mit den Gegnern, die wohl meist bei Lohnbewegungen in Betracht kommen können, sind möglichst zu vermeiden. Wo sie nötig sind, bedinge man sich aus, daß sowohl alle Angriffe auf beteiligte Organisationen wie auch jede einseitige Agitation zugunsten einer Organisation zu unterbleiben haben. Derartige Versammlungen müssen abwechselnd einmal in unserm, das anderemal im Lokal des Gegners stattfinden. Man vergesse auf keinen Fall, daß wir eine selbständige Organisation sind und daß diese Selbständigkeit auf keinen Fall preisgegeben werden darf.

Aus einer sozialdemokratisch verwalteten Krankenkasse. In der allgemeinen Ortskrankenkasse Mülheim (Ruhr) ist es zwischen der sozialdemokratischen Verwaltung und den sozialdemokratischen Mitgliedern zu einem großen Bruch gekommen, bei dem allerhand erbliche Dinge aus Tageslicht kamen. In einer nicht zu Ende geführten, stürmisch verlaufenen Generalversammlung am 9. November wurden nach einem Bericht der „Mülheimer Zeitung“ (Nr. 266, 1911) schwere Vorwürfe gegen die Verwaltung erhoben.

Der Vorstand habe die „Mitglieder wie dumme Heseloten behandelt“, sagte ein opponierender Genosse. „Es sei eine Schande, wie Kollegen von Kollegen behandelt worden seien“... „brutal nach unten, speichel-leckerisch nach oben“. Rudeleimuddel und Kuhhandel sei bei der Anstellung eines Beamten getrieben worden, der deshalb genommen worden sei, weil er ein guter Freund des Vorstehenden war. Bei dem Kauf und der Arbeitsübergebung für ein neues Geschäftshaus sei es „nicht ganz rein zugegangen, man müsse auch da von Schmiergeldern sprechen“.

Der Vorsitzende und andere Mitglieder der Verwaltung wiesen diese Vorwürfe als unberechtigt zurück. Mögen die Genossen untereinander ausmachen — vielleicht unter Aufsicht der Aufsichtsbehörde — wer Recht hat, keinesfalls aber können sie sagen, diese Vorwürfe seien von übelwollender hürgerlicher Seite erhoben worden. Und das ganze sieht wahrhaftig nicht nach einer „Musterkass“ aus, was die von Sozialdemokraten verwalteten Krankenkassen doch angeblich sein wollen.

Der Tanz geht los! Der „Textilarbeiter“, das Organ des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes, hat auch den Reichstagswahlkampf aufgenommen. Er will anscheinend diesen Kampf nicht auf politischem, sondern auf gewerkschaftlichem Gebiete führen, und weniger durch aufklärende Arbeit für seine Prinzipien, sondern durch schmuckige Begeisterung seines Gegners, durch einen Feldzug gegen unsere christliche Textilarbeiterorganisation. Er hat bereits einige Artikel verbrochen, die sich ganz in dieser Richtung bewegen. Bekämpfung und Verdächtigung unseres Verbandes, unserer „Textilarbeiter-Zeitung“ und unserer Verbandsführer.

Der „Textilarbeiter“ führt den Kampf ganz in der Art, die man seit einigen Jahren an ihm gewohnt ist und die es zuweilen gebracht hat, daß man einige Artikel dieses Blattes nur mit Gefühlen des Abjehens und des Ekels lesen kann. So unsäglich arm diese Artikel an gediegenen Gedanken sind, so reich sind sie an Kraft- und Schimpfausdrücken, an Rohheit der Sprache. Aus jedem Satz redet die Sprache eines bis zum Halse fanatischen Menschen, der sich nur in rohen Ausdrücken verständlich machen kann. Dabei macht sich in solchen Artikeln die gepreuzte Wichtigkeit und Heiligkeit eines eingebildeten Menschen derart breit, daß es an Borniertheit grenzt. Das „Zentralblatt“ der christlichen Gewerkschaften tat recht, als es damals dem „Textilarbeiter“ „anmaßend fremde Borniertheit“ vorwarf.

Was z. B. andere nicht seiner Richtung angehörende Blätter schreiben, ist dem „Textilarbeiter“ nur „Geschwafel“. So wieder in dem Artikel: „Die Textilarbeiter-Zeitung macht Stimmung für den Brotkuchen“ in Nr. 46. Der „Textilarbeiter“ weiß allein in wirtschaftspolitischen Dingen Bescheid. Was sind Calmer, Schippel, Arthur Schulz, Gerhard Hildebrand, alles Genossen, die ihre Lebensaufgabe in der Erforschung der Wirtschaftswissenschaften erblicken und die von weiten Kreisen als Autoritäten in diesen Dingen nicht anerkannt werden und die sich für den Schutz der auch auf Agrarprodukte ausprechen? Was sind sie dem „Textilarbeiter“? Duunne Kerle, verächtliche Köpfe, Menschen, die keine Ahnung haben, Kapitalistenfäden, Feilschänder, in deren „Artikelfabrik“ für 5 Pfennig die Zeile alles zusammenfabriziert wird. In diesem Sinne ist die anmaßende Polemik des „Textilarbeiters“ gehalten, in der auch nicht ein Anzeichen Sachlichkeit herrscht. Nur er hat das Richtige; er leuchtet mit seinem Kenntnissen diesen „Leuchten der Wissenschaft“ gründlich heim. Dabei haben wir berechnigte Ursache, daran zu zweifeln, daß der Schreiber jener Sachen im „Textilarbeiter“ noch kein wissenschaftliches Buch gelesen hat, das ohne Tendenzmacherei die komplizierten Fragen der Handelspolitik behandelt. Er nimmt sein Material aus den sozialdemokratischen Parteikorrespondenzen und den leichtesten und leeren Agitationsartikeln der sozialdemokratischen Parteipresse.

Bei einem Gegner Ehrlichkeit der Meinung und Sachlichkeit der Gründe annehmen, ist dem Artikel-schreiber im „Textilarbeiter“ nicht möglich. Arbeiter-vertreter, Experten, Unternehmensdiener, Jungerlaven

sind ihm alle, die anderer Meinung sind als er und sie zu vertreten wagen.

Und erst, wie der „Textilarbeiter“ mit Zahlen und Zitate arbeiten kann.

„Mit Worten läßt sich mächtig streiten, Mit Worten ein System bereiten“.

sagt Goethe im „Faust“ und danach weiß das Blatt zu hantieren. Zahlen, unheimlich viel Zahlen bringt es heran und „beweist“ aus ihnen gerade das Gegenteil von dem, was sie in Wirklichkeit beweisen. Das ist dann für diejenigen berechnet, die nicht alle werden. Und dann die Zitate. Der „Textilarbeiter“ arbeitet sein Leben gern mit Zitaten von oft spaltenlanger Länge. Die werden aus dem Zusammenhang gerissen und so gebedeutet, daß sie in das System hineinpassen. So bringt er in dem schon genannten Artikel mehrere Ansprüche von Handelskammern, die die ungünstige Einwirkung der Steuerung in allen Bedarfsartikeln auf die Textilindustrie beklagen. Seht ihrs, sagt nun der „Textilarbeiter“, auch die Handelskammern verurteilen die Brotkuchenpolitik der zentrums- und konservativen verstaarten christlichen Gewerkschaften. Welcher vernünftige, logisch denkende Mensch kann nur aus den Ansprüchen der Handelskammern eine Verurteilung der Schutzpolitik lesen? Daß wir seit Jahren eine Steigerung der Preise in allen Bedarfsartikeln, nicht bloß der Lebensmittel, haben, weiß ja bald jedes Kind. Dafür braucht der „Textilarbeiter“ den Haufen Handelskammerzitate gar nicht herbeizuschleppen. Für die Verteuerung dieser Bedarfsartikel sind aber eine ganze Menge von Gründen maßgebend. Den Handelskammern ist's gar nicht eingefallen, den Zoll auf Lebensmittel ausschließlich dafür verantwortlich zu machen. Die Denkwiese des „Textilarbeiters“ bringt es aber fertig.

Der ganze Rudeleimuddel wird dann zusammengebräut zu einem Kampfsartikel gegen uns und unsere Organisation. Das ist so die Manier des „Textilarbeiters“.

Wenn das Blatt den Reichstagswahlkampf für die Sozialdemokratie nur in einer Befehdung unserer Organisation führen kann — gut, wir nehmen den Kampf auf. Der „Textilarbeiter“ aber sollte doch an die Beendigung seines Feldzuges gegen unsern Verband nach der Reichstagsreform denken, der für ihn höchst unvorteilhaft ausfiel. Ihm blieb damals nur noch ein bißchen Spiritus übrig für eine ganz gemeine persönliche Beschuldigung unseres Redakteurs. Das war das schmachliche Ende des „Kriegs“ und mit vieltem Lantam und Spektakel eingeleiteten Vernichtungskampfes gegen unsern Verband.

Der „Textilarbeiter“ täte auch jetzt gut, sich bei der Agitation für die Sozialdemokratie in dem Angriffe auf unsern Verband und seine Organe etwas zu nütigen, es wäre ihm und seiner Organisation und schließlich auch der Textilarbeiterschaft dienlicher.

Eine gemeine Wahllüge fest die sozialdemokratische Presse in die Welt. In Konstanz ist vor mehreren Wochen ein sozialdemokratisch organisierter Brauereiarbeiter Kurzer des nachts auf dem Nachhauseweg von zwei Begegnern überfallen und mit Messern übel zugerichtet worden. Einer der Missetäter soll dabei gerufen haben: „Jetzt verreck, du roter Hund.“ Die sozialdemokratische Presse hat die Sache weidlich auszubenten versucht. In einem durch die roten Blätter gelaufenen Wahlschreiben heißt es u. a.:

„Der obige Mord, der den Messerstechern wohl nur ganz unbewußt entfiel, läßt es als sicher erscheinen, daß man es mit dem planmäßigen Ueberfall christlich-organisierter Arbeiter zu tun hat... Lüge der Fall umgibt, dann spricht sicher die Presse aller Schattierungen über „Sozialdemokratische Mordbuben und Mordtäter“. So aber wird der neueste Fall christlicher Mordtäter völlig totgeschwiegen.“

Andere rote Blätter haben die christlichen Gewerkschaften direkt als die Schuldigen bezeichnet. Das ist eine aus der Luft gegriffene Behauptung, die von den christlichen Gewerkschaften als nichtanständige Beschuldigung mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen wird. Wie man uns aus Konstanz mitteilt, liegt auch nicht der geringste Anhaltspunkt dafür vor, daß Mitglieder der christlichen Gewerkschaften als Täter in Frage kämen. Wohl liegt nach Lage der Sache die Vermutung sehr nahe, wie Kurzer selbst erklärt hat, daß persönliche Rivalitäten aus dem Arbeiterverhältnis bei der Sache mitgespielt haben. Damit hat aber kein christlich organisierter Arbeiter etwas zu schaffen, wie die bevorstehende Gerichtsverhandlung zeigen wird. Da der Fall gerade vor der Reichstags-erziehung im Konstanz Wahlkreis passierte, kam es der Sozialdemokratie gerade recht, um mit der Verdächtigung der christlich organisierten Arbeiter eine gemeine Wahllüge in die Welt zu setzen.

Textilarbeitererschaft und Schutz Zoll. Unsere Notiz in Nr. 44 der „Textilarbeiter-Zeitung“ über Textilarbeitererschaft und Schutz Zoll hat dem Organ des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes Gelegenheit gegeben, seine grundsätzliche Stellung zur Schutzpolitik zu begründen. Der „Textilarbeiter“ verlangt den Freihandel. Die Ausführungen des Blattes sind von dem „Leipziger Tageblatt“ treffend dahin gekennzeichnet worden, daß sie die „gänzliche Ahnungslosigkeit“ des „Textilarbeiters“ in wirtschaftlichen Dingen erneut beweisen, womit sich dieses Blatt „andauernd blamiere“. Man müsse die „Leder bedauern“, die ein solch ungeborenes Geschreibsel vorgezogen bekommen. Aber „fanatische“ seien nicht zu belehren. Das schließt aber nicht aus, daß wir die Textilarbeitererschaft aufmerksam machen auf die Gemeingefährlichkeit, die in diesem Treiben des sozialdemokratischen Gewerkschaftsblattes liegt.

Der „Textilarbeiter“ will als eifriger Nachbeter des „Vorwärts“, der „Leipziger Volkszeitung“ und seiner übrigen radikalen Gesinnungsgenossen die Abschaffung aller Zölle, also auch der auf Textilfabrikate. Weg mit dem Schutz Zoll! Her mit dem Freihandel! ist seine Parole. Die Durchführung dieser Forderung müßte zum Ruin vieler Zweige unserer deutschen Textilindustrie führen und Arbeitslosigkeit, sinkende Löhne, Not und Sorge für die Textilarbeiter im Gefolge haben.

Die deutsche Textilindustrie ist in ihren bedeutendsten Zweigen einer scharfen ausländischen Konkurrenz ausgesetzt. Ohne eine staatliche Unterstützung durch Zölle müßte sie der Konkurrenz erliegen. Man greife nur einige Branchen heraus. Wohin würde die Preiselber Seidenindustrie mit ihren Tausenden von Arbeitern kommen, wenn italienische, französische, chinesische und japanische Seidenwaren zollfrei über die deutsche Grenze gehen könnten. Der deutsche Markt würde mit den Fabriken dieser Länder überflutet werden. Einer solchen Konkurrenz wären unsere deutschen Fabrikate gar nicht gewachsen, weil die genannten Länder im allgemeinen erheblich billiger produzieren und deshalb auch erheblich billiger verkaufen können. Sollen wir die englischen Wollwaren, die ohnehin einen reichen Absatz in Deutschland finden, zum Nachteil unserer heimischen Tuch- und Wollgewerbe selbst auf dem deutschen Markt ganz aus dem Felde schlagen und die feinen Herren, zum Teil Modegeden, auf Kosten der deutschen Arbeiter mit billigeren englischen Stoffen einherpazieren könnten? Soll unsere deutsche Spitzenindustrie schutzlos der belgischen, französischen und schweizerischen Konkurrenz im eigenen Lande ausgeliefert sein? Nehmen wir die sächsische Wirkwarenindustrie. Sie hat sehr gestritten unter dem Rückgang der Ausfuhr nach Amerika. Jetzt droht ihr eine neue Gefahr auf dem deutschen Markt, besonders von Amerika her, das seine Fäden nach der „alten Welt“ zu leiten beginnt und versucht, hier mit seinen Waren einzudringen. Im „Wirkwarenmarkt“ (Chemnitz) sagt ein Unternehmer, wenn die deutsche Regierung diesen Eindringen amerikanischer Wirkwaren tatenlos zusehen wolle, dann würde das schließlich eine Bahmlegung der sächsischen Wirkwarenindustrie zur Folge haben, dann nahen unseren Vaterlande bange und ernste Zeiten. Er verlangt u. a. eine Erhöhung der Zölle auf fertige Textilfabrikate. Sollen wir unsere Baumwollindustrie, unsere Juteindustrie, unsere Leinen-, unsere Filzindustrie schutzlos auf unserem heimischen Markte der Konkurrenz ausländischer Waren ausliefern? Zum Teil ist diese Auslandskonkurrenz eine Schutzkonkurrenz, weil sie auf Grund der Löhne, langer Arbeitszeit und maßloser Ausbeutung der Arbeiter geboten werden kann; zum Teil beruht sie auf ganz natürlichen Vergünstigungen eines Landes, wie zum Beispiel die Konkurrenz Englands.

Die deutsche Textilindustrie ist immer mehr auf den Inlandsmarkt angewiesen. Draußen auf dem Weltmarkt wird das Geschäft für sie immer schwieriger, weil eine Konkurrenz nach der andern mit billigerer Ware auftritt. Zahlreiche frühere Bauernländer sind Industrieländer geworden, sie decken in wachsendem Maße ihre Bedürfnisse an Textilfabrikaten aus eigener Produktion. Um ihre Industrie zu erziehen und kräftig zu halten, schließen sie sich durch hohe Zollmauern von der Auslandskonkurrenz nach Möglichkeit ab. Nordamerika, Frankreich und Rußland z. B. haben bedeutend höhere Zölle als Deutschland. Aber diese Länder begnügen sich nicht mit der Deckung des eigenen Konsums, sie suchen Ausfuhrländer zu werden und sich einen Auslandsmarkt zu erobern. So wird die Konkurrenz auf dem Weltmarkt für Textilfabrikate immer scharfer, engen sich die Absatzmöglichkeiten der deutschen Textilindustrie immer mehr ein, suchen sich immer mehr fremdländische Waren auch in Deutschland einen Markt zu erobern. Wer unter solchen Verhältnissen noch eine Abschaffung unserer Zölle fordert, übt Verrat an den Interessen Hunderttausender Textilarbeiter.

Der „deutsche“ Textilarbeiterverband fordert durch sein Verbandsorgan Freihandel im Interesse des sozialdemokratischen Prinzips und der sozialdemokratischen Agitation. Er schert sich nicht darum, daß die Durchführung seiner Forderungen die Ruinierung vieler Zweige unserer Textilindustrie, Not und Elend für Hunderttausende von Textilarbeitern als unvermeidliche Folge haben würde.

Wer einen solchen Freihändler unterstützt, untergräbt sich selbst seine eigene Existenz.

Wie die geprägten Hunde duckend und kriechend ihren Herren nach die Hand lecken, so arbeiten und opfern die „freien“ Gewerkschaften für die Partei, von der sie fortwährend „Subsistenz ins Feuer“ verfehrt bekommen, die die Gewerkschaftsmitglieder gegen die Gewerkschaftsführer, die „verschrumpten Bureaukraten“, aufhebt. Es ist eine geradezu jammervolle und blamable Rolle, die die „freien“ Gewerkschaften gegenüber der Partei spielen.

Namentlich strengt sich der „Textilarbeiter“, das Organ des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes, mit Ausbietung seiner ganzen Kraft an, die bürgerlichen Parteien zu verdächtigen und die sozialdemokratische Partei als die alleinigmachende hinzustellen. Der „Textilarbeiter“ macht Propaganda für eine Partei, die nichts an Taten, aber desto mehr an Phrasen und Schlagwörtern geleistet hat. Durch die sozialdemokratische

Mitglieder, gedenket Ihr auch der ausgesperrten Tabakarbeiter?

fraktische Parteipolitik der „tönenden Worte“ ist dem Arbeiter noch nicht ein Groschen zugekommen. Der bayerische Sozialistenführer v. Bolmar nennt diese Politik die „Politik der Kinder“, und der badiische Sozialistenführer Kolb sagt, daß mit dieser Politik der hohlen Phrase sobald als möglich gründlich abgerechnet werden müsse, das Lügeimbringen den Interesse der Arbeiter.

Im Interesse der sozialdemokratischen Partei heßt der „Textilarbeiter“ gegen den Schutzzoll und gibt dadurch die Existenz Hunderttausender Textilarbeiter preis. Man jage den Arbeitern von Breslau, von Aachen, von Sachsen, vom südlichen Deutschland, daß der deutsche Textilarbeiterverband die Schutzzollmannern niederreißen will, die unser Gewerbe vor der ausländischen Konkurrenz schützen. Not und Elend infolge großer Arbeitslosigkeit und sinkende Löhne wären das traurige Ergebnis für weite Kreise der Textilarbeiterschaft, wenn die verrückte Freihandelspolitik des sozialdemokratischen Verbandes und der sozialdemokratischen Partei zur Durchführung käme. Aber diesem Verstande geht das Agitationsinteresse der sozialdemokratischen Partei über die Interessen der Textilarbeiter. Das Organ des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes ist verflucht einer Partei, die über die Ausraubung der Arbeiter schimpft und zu gleicher Zeit Zugusenern ablehnt und sich als Schutztruppe der Massen des Volkes ausplündernden Börsenspekulanten etabliert. Und mit der harmlosesten Miene von der Welt stellen sich die sozialdemokratischen Parteimagazine hin und reden über die „Liebesgabenpolitik im Interesse der Schnapsjunker“, dem weil ihre eigene Partei durch eine Ignoranzsondergleiches alles aufbietet, um die deutsche Arbeiterklasse jeglichen politischen Einflusses zu berauben. Das religiöse Empfinden wird durch die Partei unterhunden und an dessen Stelle setzt man den Glauben an den Zukunftsstaat, über den die Führer der Bewegung nur lachen und für eine Dummheit betrachten.

Und was hat die Gewerkschaftsbewegung der Sozialdemokratie zu danken? Wir möchten erinnern an die Geheimkonferenz der „freien“ Gewerkschaftsführer vom 19. bis 23. Februar 1906, wo ein Klagebuch nach dem andern über die Sozialdemokratie angelesen wurde. Hier, wo die Gewerkschafts-„Genossen“ unter sich waren, konnten sie „frei von der Leber“ reden. Und daß sie das gerade Gegenteil von dem sagten, was sie in ihren Gewerkschaftsorganen den Mitgliedern über die Sozialdemokratie erzählen, das ist mehr wie Ironie. Erinnerung sei daran, wie der verstorbene Redakteur der „Holzarbeiter-Zeitung“, Deinhardt, auf besagter Konferenz über die Sozialdemokratie klagte:

„Verschrumpfte Gewerkschaftsbeamtenbürokratie“, „Hennigjuchser“, „Leisetreter“, „Diktatoren“, „Spieker“ hat man und geschimpft! — „Seit 10 Jahren haben wir Gewerkschaftler und beschimpfen, die schlimmsten Anschuldigungen über uns ergehen lassen müssen, ohne daß wir darauf geantwortet haben. . . .“ „Wir haben geschwiegen im Interesse der Einigkeit, wir haben uns prügel lassen.“

Und Bömelburg, der Sprecher des bekannten Wortes „Gewerkschaften und Sozialdemokraten sind eins“, erklärte:

„Man hat versucht, in der Parteipresse, in Versammlungen in ganz systematischer Weise die Massen gegen die Führer der Gewerkschaften aufzuheizen. (Sehr richtig!) Man hat ihnen gesagt: Seht, das sind die vollgefressenen Kerle, mit denen müßt ihr euch auseinandersetzen.“

Ein anderer, Müller vom Seemannsverband, sprach: „Selbstgefällige, frählende Vorurtheil“ hat die rote Rosa uns vorgelesen. — „Fünftwette ist kein Kreuz“ haben wir erhalten. — Man (die sozialdemokratische Parteipresse) hat versucht, die Gewerkschaftsmitglieder ihren Führern, die sie selbst erwählt haben, zu entfremden, man hat direkt versucht, sie aufzuheizen gegen ihre Leiter. Man hat offiziell zum Disziplinbruch aufgefordert.“

Und für eine Partei, die so handelt, wie namhafte Gewerkschaftsführer in Geheimkonferenzen sich eingestehen müssen, dafür macht der „Textilarbeiter“ Reklame! Die Worte fehlen, um ein derart unmännliches slavenhaftes Beginnen richtig zu charakterisieren. Wie ein geprägelter Hund dankbar seinem Feind, seinem Herrn ist, so dankbar sind auch die „freien“ Gewerkschaften jener Feindin der Arbeiterklasse, der Sozialdemokratie, ihrer Gebieterin. Wenn der große Spötter Heinrich Heine noch lebte, er würde vom Herrgott für die „freien“ Gewerkschaftsleute auch das „Wachsen von Schwänzen“ erbitten, damit das Schweifwedeln auch dem gutmütigsten Menschen zu erkennen wäre.

Technikerbewegung und Arbeiterschaft. Welch eingeleitete und geradezu verbissene Gegner einer selbständigen Berufsorganisation in den Kreisen der deutschen Unternehmer anzutreffen sind, lehrt die jüngste Technikerbewegung. Vor Jahren wurde diesen Beamten schon in Süddeutschland, so am Herbe der gelben Bewegung in Augsburg, geboten, sich unter Preisgabe ihrer Stellung keiner gewerkschaftlichen Berufsorganisation anzuschließen. Kürzlich hat dieses Beispiel in Westdeutschland Nachahmung gefunden, da ein größeres Werk in Oberhausen von den Technikern

einen Revers unterschreiben ließ, daß sie dem für diesen Beruf bestehenden Verband nicht angehören wollten. Das hat verständlicher Weise einen Sturm der Entrüstung unter den technischen Angestellten ausgelöst, der in zahlreichen Protestversammlungen in Westdeutschlands zum Ausdruck kam. Selbstverständlich ist es das gute Recht und die Pflicht der Techniker, ihr Persönlichkeitsrecht gegen Unternehmerwillkür und Zwangsherrschaft zu verteidigen, für die Verbesserung ihrer Lage einzutreten mit Hilfe der gewerkschaftlichen Organisation. In diesem Sinne kann die Arbeiterschaft die Techniker als Mitkämpfer begrüßen.

Aber man darf doch nicht verkennen, daß diese Bewegung vom Standpunkte der gewerkschaftlichen Arbeiter aus betrachtet auch eine zweite Seite hat, und auf die weist das „Zentralblatt“ in seiner letzten Nummer in bemerkenswerten Ausführungen hin:

„Vor allem schlägt die Tatsache der gewerkschaftlichen Organisation der Kopparbeiter, die höhere Schulbildung genießen haben, die andere Tatsache nicht tot, daß sie selbst für ihre Interessen gegenüber den reinen Arbeiterinteressen nur verhältnismäßig wenige Berührungspunkte empfinden. Das hat ja niemand mehr und lauter betont, wie ehemals gerade der heute mit im Vordergrund stehende Bund der technisch-industriellen Beamten. Wo aber eine umfassendere Interessengemeinschaft gewaltsam hergestellt wird, geschieht es, wie das französische Beispiel lehrt, oft unter Preisgabe von idealen Werten zum Schaden der ganzen Volksgemeinschaft. Es gibt kein Land, wo die Kopparbeiter in größerer Mannigfaltigkeit (Ärzte, Lehrer, Künstler usw.) im Kampf des Proletariats mit diesem marschieren wollen, wie Frankreich. Hier läßt sich aber auch feststellen, daß diese sich dem Proletariat aufdrängenden Mitkämpfer durch Radikalismus ersehen, was ihnen an proletarischem Empfinden abgeht und, aus der Natur der Sache heraus, abgeben muß. Von welchen Folgen das begleitet ist, zeigt beispielsweise der geradezu desolante Zustand der den radikalen Lehrern überlieferten Volksschulen in Frankreich. Hier können ideale Werte zerstückt werden, die keine ökonomische Kräfteverchiebung zu ersetzen vermag. Gewiß sind wir bei uns von solchen Zuständen noch sehr weit entfernt. Aber die — nicht ökonomisch bedingte, sondern vom Herrenmenschen zum kurzzeitiger Unternehmer forcierte — Entwicklung zeigt doch, daß auch bei uns noch sehr vieles möglich ist, was industriell so hochstehenden Ländern wie England und Amerika erspart geblieben ist.“

Diese bemerkenswerten Ausführungen gewinnen an Wert, wenn man ihnen den Standpunkt der christlichen Arbeiterschaft zugrunde legt. Der Schein spricht dafür, daß die von den Unternehmern bitter ungerecht behandelten Techniker und Ingenieure den Klassenkämpfern recht geben, daß es nur Ausbeuter und Ausgebeutete mit radikal entgegengesetzten Interessen gebe. Der marxistische Flügel der sozialdemokratischen Presse hat denn auch die Bewegung gerade von dieser Seite aufgefaßt.

„Unsern (der christlichen Arbeiter) Auffassungen aber widerspricht nichts mehr wie die Hinabstufung — wenn sie auch nur scheinbar erfolgt, wie in diesem Falle — von Gliedern der mittleren Schichten des Volkes in das Proletariat. . . . Unser Bestreben geht im Gegenteil darauf hinaus, immer weitere Schichten des Proletariats über sich hinaus zu heben, damit die Einordnung des Arbeiterstandes in möglichst großem Umfang erfolgen kann. Bei diesem Bestreben begrüßen wir selbstverständlich das Verständnis und die Sympathie namentlich der intelligenteren Mittelschichten. Aber daß diese uns dabei auf unserm eigenen Felde durch die Tat unterstützen müßten, ist damit noch keineswegs gesagt, so sehr sie andererseits unserer Sympathie sicher sein können bei der loyalen Abwehr unberechtigten Herrenmenschenums. Ein Idealzustand ist aber der neuerdings geschaffene keineswegs.“

Und dann macht das „Zentralblatt“ noch auf eine andere Seite der ganzen Sache aufmerksam, auf eine große Gefahr, die für die Industrie und unsere ganze Volkswirtschaft durch das Vorgehen der Unternehmer heraufbeschworen wird: das ist die Verkümmern der Arbeitsfreude, die Unterbindung der Initiative der im Betriebe geistig Arbeitenden. Unser Wirtschaftsgetriebe, unsere ganze Technik und Betriebsgebarung wird immer komplizierter und feingliedriger. Umso mehr hat unsere Industrie neben einem geistig und körperlich gesunden Arbeiterstand berufsfreudige, sich für den Betrieb und ihre Arbeit interessierende, mit großer Initiative ausgerüstete Leute notwendig vom Stande der Techniker und Ingenieure. In Amerika, England und anderwärts hat man gerade auf die Gewinnung dieser Leute außerordentlich großes Gewicht gelegt. Die deutschen Unternehmer stoßen sie von sich ab, wollen sie zu Knechten machen. So graben sie in ihrem blinden Unverständnis und ihrer Gewerkschaftsfeindschaft schließlich ihr eigenes Grab zum Verderb unserer ganzen Volkswirtschaft.

Terrorismus der Buchdruckerverbändler. In Nr. 47 der „Textilarbeiter-Zeitung“ haben wir berichtet über eine sozialdemokratische Interpellation im Reichstage, die sich mit der Entlassung von Arbeitern aus dem Dienst der eisen-lothringischen Eisenbahnen beschäftigte. Bei der Besprechung dieser Interpellation hatte Kollege Becker den Genossen vorgehalten, daß sie die ungeeignetsten Leute seien, die über angeblichen Terrorismus interpellierten und u. a. hingewiesen auf die Tatsache, daß selbst in der Reichsdruckerlei sich christlich organisierte Buchdrucker nicht halten könnten, weil sie von dem Terrorismus der Verbändler verfolgt würden.

Diese öffentliche Bloßstellung der sozialdemokratischen Buchdruckerverbändler hat zunächst den „Korrespondent“, das Organ des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes, auf den Plan gerufen. Es zog in einem langen Artikel gegen den Kollegen Becker los und hatte die Stirn, ihn der Unwahrhaftigkeit und Lüge zu zeihen. Mehrfach geberdeten sich die sozialdemokratisch organisierten Buchdrucker der Reichsdruckerlei, die sich gegen die Verdächtigung und Unwahrheiten des Abgeordneten Becker entschieden verwehrten“ und in Abrede stellten, jemals einen christlich organisierten Buchdrucker durch Anwendung moralischer Zwangsmaßnahmen zum Eintritt in den Verband veranlaßt zu haben. Sie nennen die Behauptungen Beckers mit großer Entrüstung eine „unerhörte Verdächtigung“. Becker sei das „Opfer eines Verleumders“, sei „schmähtlich angelogen“ worden. Demgegenüber wird der „Typograph“, das Organ des Gutenbergbundes, in seiner letzten Nummer (Nr. 47, 1911) deutlicher und zeigt in folgendem, wie es in der Reichsdruckerlei gemacht wird:

„Raum hat ein Gutenbergbündler angefangen, da erschein — während der Arbeitszeit — der Kassierer des sozialdemokratischen Verbandes und verlangt das Verbandsbuch. Auf die Antwort: „Ich bin im Gutenbergbund“, wird ihm erwidert: „Das geht aber nicht, hier ist alles im Verband, wenn Sie nicht in den Verband eintreten, werden Sie in der Reichsdruckerlei wohl nicht bleiben können.“ Manche fallen aus Angst direkt um. Andere trösten den Kassierer, sie wollten sich überlegen. Am zweiten Tage erscheint der Kassierer wieder, am dritten Tage abermals und so geht es weiter, bis der Kollege dem Druck folgt. Folgt er nicht gleich, dann wird er gemieden wie ein Ausfälliger. Keinerlei Unterstützung läßt man ihm angedeihen, er wird stillschweigend boykottiert. Was das für einen Reuling in der Reichsdruckerlei bedeutet, ist für jeden, der die Dinge einigermaßen kennt, verständlich. Zu uns kamen Kollegen, die klagten, daß sie in den Verband eintreten müßten. Wir redeten es ihnen aus. Darauf versprachen sie, im Gutenbergbund zu bleiben. Nach einigen Tagen kamen sie wieder und erklärten: „Es geht wirklich nicht. Kollegen, ich kann nicht arbeiten, nehmt mirs nicht übel, ich muß.“ Wenn heute die Kollegen wider besseres Wissen beim Korrespondent die Erklärung abgeben, daß kein Druck auf sie ausgeübt wurde, so tun sie es, um sich nicht erneut der Gefahr auszusetzen, schikaniert zu werden. Wenn es so weit käme, daß die Kollegen unter Eid auszusagen müßten, was wahr ist, würde der Korrespondent sein blaues Wunder erleben.“

Wenn so etwas in staatlichen Betrieben möglich ist, wie mag es dann erst in der Privatindustrie zugehen, wo die Sozialdemokraten das Feld beherrschen! Es ist nachgerade die höchste Zeit geworden, daß dem Machtdämon des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes ein Ziel gesetzt wird.

Bestrafte Verleumder. Die sozialdemokratischen Blätter und Agitatoren haben bei der Verabreichung der Reichsverjährungsordnung in der Verleumdung und Beschuldigung christlicher Arbeiterführer das denkbar möglichste geleistet. Den Rekord hat aber wohl die sozialdemokratische „Eisener Arbeiterzeitung“ geschlagen. Um dem Durcheinander, der die gemeinen Schimpfereien in die Zeitung aufgenommen hatte, einen Denkzettel zu geben, hatten die Kollegen Giesberts, Becker und Behrens Klage vorm Schöffengericht Essen angehängt.

In zwei Artikeln hatte das sozialdemokratische Organ den genannten Kollegen „Arbeiterverrat“ vorgeworfen und ihnen unterschworen, sie hätten sich zur „Verfälschung ihres arbeiterverräterischen Tuns“ bei der Regierung ein „Unannehmbar“ bestellt. In einem weiteren Artikel war mit Bezug auf die christlich-nationalen Arbeiterabgeordneten von „Schurkerei“ die Rede. Wegen dieser Beschuldigungen hatte sich der Redakteur Neumann zu verantworten. Der Angeklagte, der von Rechtsanwalt Dr. Frank-Mannheim, dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten vertreten wurde, versuchte, für das angeblich bestellte „Unannehmbar“ den Wahrheitsbeweis durch das Zeugnis des sozialdemokratischen Abgeordneten Wolfenbuhr zu erbringen. Dieser Versuch mißlang indessen total. Neumann wurde wegen Verleumdung in zwei Fällen zu je 150 M. und in einem Falle zu 40 M., insgesamt also zu 340 M. Geldstrafe, Tragung der Kosten und Urteils publikation in mehreren Zeitungen verurteilt.

Aus unserer Industrie.

Rundschau auf dem Textilmarke.

Der allgemeine Arbeitsmarkt hat in seiner Gesamtheit im Oktober eine Gestaltung erfahren, die überaus überraschend gewirkt hat und geeignet ist, die Berichte über den dauernden Aufstieg des Wirtschaftslebens mit einiger Skepsis zu betrachten. Bei den 745 Arbeitsnachweisen, die ihre Berichte an das Reichsarbeitsblatt eingeleitet haben, sind 370 000 (345 000) Arbeitsgesuche von männlichen Arbeitssuchenden eingelaufen, denen 243 000 (260 000) offene Stellen und 203 000 (209 000) Vermittlungen gegenüberstanden. Das Arbeitsangebot hat sich demnach im Oktober gegen den September um 25 000 Arbeiter vermehrt, während die offenen Stellen sich um 17 000 und die Vermittlungen um 6 000 vermindert haben. Auch der Markt für weibliche Arbeitskräfte hat sich nicht unbedeutend vergrößert. Zwar stehen nicht mehr Arbeitsgesuche ein wie im September, ihre Zahl blieb vielmehr 85 000. Während aber im September 92 000 offene Stellen vorhanden waren, waren es im Oktober

nur 74000, also 18000 weniger. Die Zahl der Vermittlungen hat ebenfalls abgenommen. Betrug sie im September 55000, so im Oktober 31000.

Gegen den September hat sich der Arbeitsmarkt verschlechtert; kommen dort auf 100 offene Stellen 133 Arbeitsgesuche männlicher Arbeiter, so im Oktober 152. Gegen den Oktober des Vorjahres ist die Lage allerdings noch besser, denn hier kommen auf 100 offene Stellen 163 Arbeitsgesuche. In noch stärkerem Maße ist der Markt für weibliche Arbeitskräfte zurückgegangen nicht nur gegen den September, sondern auch gegen den Oktober des Vorjahres. Auf 100 offene Stellen kamen im Oktober 1911 114 Arbeitsgesuche, im September waren es nur 92 und im Oktober 1910 104. Die Verschlechterung gegen das letzte Jahr hat also weitere Fortschritte gemacht. Der Rückschlag auf dem Arbeitsmarkt war im Oktober so stark, daß er in vielen Gewerben nicht unbedeutlich hinter dem Stand des gleichen Monats vom Vorjahr zurücksteht. Hier ist vor allem das Handels- und das Baugewerbe zu nennen.

Auch unsere Textilindustrie

Ist gerade im Verhältnis zum Vorjahr keineswegs günstig gestellt. Wenn auch der Textilmarkt keine erhebliche Verschlechterung gegen das Vorjahr aufweist, so doch auch keineswegs eine Verbesserung — von einem Aufstiege können wir also kaum noch sprechen. Es kamen im Oktober 1910 auf 100 offene Stellen 141 Arbeitsgesuche männlicher Arbeiter, im Oktober 1911 dagegen 143, im September d. J. waren es 135. Der Markt für weibliche Arbeitskräfte ist gegen den Oktober des Vorjahres gleich geblieben. Auf 100 offene Stellen kamen im Oktober d. J. 91 Arbeitsgesuche, genau so viele waren es im Oktober 1910; im September waren es aber nur 84.

Insgesamt liefen bei den Arbeitsnachweiser aus der Textilindustrie 2577 Arbeitsgesuche ein, denen 1786 offene Stellen und 1826 Vermittlungen gegenüber stehen. Im September waren 2186 Arbeitsgesuche vorhanden, denen 1498 offene Stellen und 1479 Vermittlungen gegenüber standen.

Das Bild, das uns der Arbeitsmarkt im Oktober gibt, ist leider typisch für die gesamte Textilindustrie. Es macht sich allenthalben eine starke Zurückhaltung bemerkbar, die nicht zuletzt in der Steigerung ihrer letzten Ursache hat. Auf einzelnen Gebieten können wir für die Ursache die Folgen des türkisch-italienischen Krieges erkennen — so bei den Weiß- und Buntwebereien, deren Ausfuhr infolge der Abfahrtsrückung zurückgegangen ist.

Daß wir keine allzu große Ursache haben, die Verhältnisse in der Textilindustrie besonders günstig zu beurteilen, beweist die

Rohstoffversorgung unserer Industrie

in den ersten acht Monaten dieses Jahres. Der Uberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr betrug 5820 193 dz, in der gleichen Zeit des Jahres 1910 stellte sich diese Zahl auf 5291 773 dz und 1909 auf 6037 912 dz. Gegen 1910 haben wir also eine Vermehrung von 528 420 dz, gegen 1909 aber eine Verminderung von 197 719 dz. Die Vermehrung um 1/2 Million dz gegen 1910 darf nicht übersehen werden, da das genannte Jahr selbst einen starken Rückgang gegen 1909 erfahren hat. Noch mehr ist die Rohstoffversorgung gegen das Jahr 1907 zurückgegangen. Der Einfuhrüberschuß betrug hier in den ersten acht Monaten 6594 823 dz; es ergibt sich im Vergleich zu 1907 für 1911 also ein Minus von 774 630 dz. Den Einfuhrüberschuß der einzelnen Rohprodukte in den ersten acht Monaten zeigt folgende Aufstellung:

	1910	1911	Zu- bzw. Abnahme
Rohbaumwolle	2 595 660	2 923 657	+ 327 997
Wolle	1 505 295	1 549 907	+ 44 612
Seide	50 158	47 287	- 2 871
Jute	717 762	792 532	+ 75 190
Flachs	1 174 482	1 258 838	+ 135 1
Hanf, Hebe etc.	543 226	614 972	+ 71 646

Entsprechend diesen Zahlen hat auch die Zufuhr an Rohstoffen zu- oder abgenommen. Auch hier überholt dieses Jahr das vergangene, nicht aber das Jahr 1909 und 1907, hinter denen es zurückbleibt.

Necht charakteristisch für die Entwicklung der Textilindustrie ist auch die

verminderte Unternehmungslust,

die in den ersten acht Monaten d. J. zutage getreten ist. Das in Aktiengesellschaften und sonstigen Gesellschaften neu investierte Kapital betrug in der genannten Zeit des Jahres 1910 39,64 Mill. M., 1911 dagegen nur 24,58 Mill. M. — also über 15 Mill. M. weniger. 1907 betrug die Reinvestierung von Kapitalien in den ersten acht Monaten 49,16 Mill. M. Angesichts dieser Größenordnung können wir wohl behaupten, daß unsere Kapitalisten nicht allzu große Hoffnungen auf die nächste Entwicklung der Textilindustrie setzen. Vielleicht bessert sich dies im nächsten Jahre — einige Anzeichen hierfür ist m. E. gegeben und zwar durch die völlige Revolutionsunterbrechung der

Baumwollpreise.

Diese sind Dezember 1908 fast ununterbrochen gestiegen und erreichten ihren höchsten Stand im Mai und Juni d. J. Im Dezember 1908 stellten sich der Doppelzentner middling upland auf durchschnittlich 91,22 M., im Dezember 1909 auf 151,04 M. Der Preis blieb im folgenden Jahre mit wenigen Ausnahmen auf dieser Höhe, einige Male zog er sogar noch weiter an, so im August 1910, wo er 156,96 M. betrug. Dieser Betrag wurde noch im Mai und Juni d. J. überholt, wo ein Doppelzentner 157,68 und 157,95 M. kosteten. Kammer Nachrichten von einer außerordentlich reichen Baumwollernte in Amerika nicht mehr zurückgehalten

werden. Die Preise sanken darauf im Juli auf 146,54 M. und im August auf 131,42 M. Als mit zunehmender Jahreszeit die Aussichten auf eine Rekorderte immer gewisser wurden, da sanken die Preise weiter und heute dürften sie wieder unter 100 M. (98—100 M.) angekommen sein. Erst in den letzten Wochen, wo sich die Preise auf 48 1/2—49 1/2 Pfg. für 1 Pfd. stellten, ist eine Befestigung wieder eingetreten, so daß man wohl damit rechnen kann, daß die Preise vorerst nicht weiter zurückgehen.

Ihr plötzliches Nachlassen konnte natürlich nicht ohne schwere Verluste der verarbeitenden Industrie vor sich gehen. Sie mußten um so größer sein, als diese sich zu den hohen Preisen mit reichlichen Vorräten eindecken, denn den weichenden Rohstoffpreisen mußten, wenn auch nicht in demselben Verhältnis, bald die aus Baumwolle hergestellten Produkte folgen. Der Rechnungsabluß der Spinnereien und Webereien wird die Verluste, die i. J. 1911 durch das Mißverhältnis zwischen dem Einkaufspreis der Baumwolle und dem Verkaufspreis ihrer Produkte entstanden sind, mit besonderem kleinem Gewinn, wenn nicht gar Verlustziffern aufdecken. Eine Folge der geschilderten Verhältnisse ist es, daß schon verschiedene Werke ihre Zahlungen einstellen mußten.

Es ist kein Wunder, daß die Kaufkraft bei den niedrigen Preisen, zu denen sich ein jeder eindecken möchte, für

Baumwollgarn und Baumwollgewebe

besonders zu Anfang des Monats November in außerordentlichem Maße zugenommen hat. Speziell aus dem München-Gladbacher Industriebezirk wird gemeldet, daß die Lage des Garnmarktes, soweit die Beschäftigung in Frage kommt, ganz vorzüglich sei. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß bei dieser Marktlage die Preise für Garn etwas anziehen.

Die Webereien sind in den letzten Wochen wieder etwas besser beschäftigt. Der

Wollmarkt

lag im Anfang unserer Berichtszeit recht ruhig. Die Preise für inländische Wolle konnten sich zwar behaupten, doch war der Markt ohne jede Anregung; in überseeischer Wolle sind die Preise eher etwas gemichen. Gegen Mitte und Ende November ist die Nachfrage für in- und ausländische Wolle lebhafter geworden. Ähnlich war die Entwicklung in Kammlingen, Kammmützen und Wollabfällen. Auch hier war die Stimmung anfangs des Monats nicht günstig, besserte sich dann bei steigender Nachfrage, so daß die Preise für alle genannten Artikel sich befestigen konnten. Die Entwicklung in England war ganz parallel, auch hier setzte die Nachfrage erst Mitte November lebhafter ein.

Die Wollgarnspinnereien waren nicht einheitlich beschäftigt; in Streichgarn war das Geschäft lebhaft und hat sich noch weiter gebessert. Die Webereien haben reichlich Aufträge, doch stammen sie meist noch von früher her; in allen Konfektionsklassen herrscht lebhafter Geschäftsgang, sehr befriedigend war der Absatz in Stoffen für Damenkonfektion.

In den Messelwebereien herrscht reger Geschäftsgang, da die Preise niedrig sind. Die Kammgarn- und Cheviotwebereien haben in ihrer Beschäftigung einen Aufschwung genommen, während die Kammgarnspinnereien ruhig liegen. Nur wenig Nachfrage besteht bei ungenügenden Preisen, für Teppiche und Möbelstoffe.

Die Berichte aus der fächlichen Wirkwarenindustrie

lauten nicht einheitlich. Die eine Fabrik ist mit Aufträgen überhäuft, die andere kann kaum den Betrieb aufrecht erhalten. Es kommt hier oben ganz außerordentlich darauf an, welchem Spezialartikel die Fabrikation hauptsächlich gewidmet ist. Die Handschuhbranche liegt immer noch ganz darnieder, nur für durchbrochene Waren besteht etwas Nachfrage, in letzter Zeit setzte solche auch für Strichhandschuhe ein, nach wie vor läßt aber der Export in diesen Waren zu wünschen übrig. Sehr gut in teilweise die Strumpfwarenbranche beschäftigt, aber nur so weit sie Petinet- oder ganz dünne durchbrochene Strümpfe herstellt. Die Nachfrage ist hier so lebhaft, daß von den Fabrikanten lange Lieferfristen bedungen werden. Bevorzugt sind noch immer seidene Waren, in denen sich neuerdings eine Konkurrenz Amerikas bemerkbar machen soll.

Die Lage in den Flachspinnereien

hat sich kaum geändert, Flachsgarn liegt vielleicht nur wenig ruhiger. Aus M.-Gladbach werden feste Preise für Flach- und Berggarn gemeldet. Die Geschäftslage der Seinenweberei ist nicht ungünstig; aus der schließlichen Seinenindustrie lauten die Nachrichten zweifelhaft. Da die Vorräte an Seinen bei Großhändlern und Kleinveräußern nur gering sind, haben Spinnereien und Webereien alle Aussichten für einen guten Geschäftsgang.

Die Hauptpreise haben gegen das Vorjahr eine Steigerung erfahren, die 60% beträgt. Der Verband der deutschen Hanfspinnereien hat daher eine Preiserhöhung auf seine Fabrikationsprodukte beschlossen.

Seiden- und Jutemarkt.

Auf dem Seidenmarkt hat sich nichts geändert gegen unsern letzten Bericht. Der Verband deutscher Seidenstoff-Fabrikanten hat die Preise für alle Waren um 2% erhöht, die nach dem 24. April 1912 geliefert werden.

Der Jutemarkt liegt fest. Die Preise von Jute haben zwar in den beiden ersten Wochen des November etwas nachgelassen, haben sich dann aber wieder befestigt. Die Nachfrage ist lebhaft, der Umsatz gut.

Aus dem Verbandsgebiete.

An die Ortsgruppenvorstände.

Wir weisen nochmals darauf hin, daß alle Bestellungen, die für den Zeitungsverband bestimmt sind nur an die Geschäftsstelle in Düsseldorf, Kavaleriesstraße 22, zu richten sind.

Anderwärts einlaufende Bestellungen werden nicht berücksichtigt.

Die Geschäftsstelle.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Warmen-Eberfeld. In dem „Textilarbeiter“, dem Organ des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes, ist in Nr. 48 unter Warmen-Eberfeld folgendes zu lesen:

„Die Textilarbeiter-Zeitung“, das Organ des ultramontanen Textilarbeiterverbandes, geistert in ihrer Nr. 46 gegen den Beschluß unserer Zentrale Warmen-Eberfeld u. Umgeg., dem Wahlfonds der sozialdemokratischen Partei im Wuppertal 500 M. zu überweisen. Nach Konstatierung der Tatsache schreibt das Blatt: Ferner ein Beweis, wie verlogen die Agitation des „Deutschen“ Textilarbeiterverbandes ist, denn wenn seine Mannen auf die Dörfer und in die Landstädte ziehen, dann hat der „Deutsche“ Verband mit der Sozialdemokratie gar nichts zu tun. Mitglieder, reißt diesen Heuschlern die Mäste herunter.“ Das ganze Jahr müht sich die „christliche“ Zeitung ab, ihren Lesern zu beweisen, daß zwischen dem Deutschen Textilarbeiterverband und der sozialdemokratischen Partei kein Unterschied besteht, und jetzt auf einmal entkräftet sie sich, daß eine nach ihrer Meinung sozialdemokratische Organisation einem sozialdemokratischen Wahlfonds Geldmittel überweist. Wenn dabei die Mitglieder des „christlichen“ Verbandes nicht konfus werden, ist es gewiß nicht Schuld der „Textilarbeiter-Zeitung“. Vielleicht aber kommen die Mitglieder des „christlichen“ Verbandes dazu, die Mäste zu lüften, wo sie in Wirklichkeit vorhanden ist, nämlich im christlichen Lager. Sie werden dann entdecken, daß sie verraten wurden, indem ihnen, anstatt ihre Lebenslage zu haben, dieselbe zugunsten der Besitzenden in unerhörter Weise verschlechtert wurde. Sie werden dann weiter finden, daß sie als Anhänger einer Partei mißbraucht werden, die für Verrat und Knechtschaft der Arbeiter und für den Brotwucher eintritt. Wer einerseits für den Brotwucher eintritt und dann den Arbeitern den Kampf um Lohn-erhöhungen empfiehlt, der ist ein Gauner, ein Heuchler. Herunter mit der Mäste! Unsere Mitglieder tun sehr wohl daran, wenn sie ihr Augenmerk darauf richten, daß ihnen nicht die durch schwere Kämpfe errungenen Erfolge durch die Gesetzgebung genommen werden; die Brotwucherer müssen sie deshalb auf jede Weise betampfen.“

Wir bringen diesen Erguß einer erregten Seele zur Erheiterung unserer Mitglieder. Es ist ja ergötzlich, dem sonderbaren Gedankenflug des Schreibers dieser Notiz zu folgen. Logik scheint dem armen Kerl ein ganz unbekanntes Ding zu sein. Er hat sich schließlich berart in eine Wut hineingeschrieben, daß er ganz giftig wird und im christlichen Textilarbeiterverbande die leibhaftigen Lebensmittelwucherer tausendfältig ihr schreckliches Handwerk treiben sieht. Gauner, Heuchler treiben da ihr Unwesen. Es ist schrecklich. Der arme Topf sieht Gespenster, wo keine sind. Und da soll ein Mensch nicht giftig werden. Schade wäre nur, wenn er sich bei der Arbeit, der christlichen Lebensmittelwucherern im Textilarverbande die Mäste herunterzureißen, sich sein eigenes Gesicht zerkratzen würde. Dann ließe er zum Gespött und Gelächter der Warmen-Eberfelder christlichen Textilarbeiter herum als treuer, aber arg zerschundener Diener der sozialdemokratischen Volksbeglucker und Wahrheitsverkünder.

Dem unartigen Schreiber im „Textilarbeiter“ aus Warmen-Eberfeld muß unsere Feststellung wohl arg un bequem gekommen sein, daß er so ein albern es Zeug schreibt. Wenn die Leser des „Textilarbeiters“ dabei nicht konfus werden, ist es wahrhaftig seine Schuld nicht.

Borghorst. Eingedenk dessen, daß die Gewinnung der Jugend für unsere christlich-nationale Arbeiterbewegung unbedingt notwendig ist, hatte die Ortsgruppe christl. Textilarbeiter für Sonntag vormittag, den 26. Nov., eine Versammlung angeordnet. Der Besuch war ein guter, und gerade bei dieser Gelegenheit zeigte es sich, daß schon eine große Anzahl jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen unserer Ortsgruppe angehört. Die Versammlung wurde von dem zweiten Vorsitzenden geleitet. Als erster Punkt der Tagesordnung referierte er für die Jugend verständlicher Weise der erste Vorsitzende über die Entwicklung unserer Volkswirtschaft und über die Notwendigkeit der Organisation. Zum Schluß seines Vortrages forderte er zur energischen Agitation auf. Die Diskussion bewegte sich vollständig im Rahmen des Vortrages. Der zweite Teil des Programms wurde seitens des Kollegen Klosterkamp mit einem komischen Vortrag in plattdeutscher Sprache ausgefüllt. Die Ausführungen erglitzten einen kolossalen Lächerfolg. Im Schlußwort forderte dann der Verammlungsleiter nochmals zur Agitation unter den Altersgenossen auf und bat, stets die Versammlungen zu besuchen, das Verbandsorgan eifrig zu lesen und den Fortbildungsunterricht zu besuchen. Darauf wurde die interessante verlaufene Versammlung geschlossen.

Gronau. Die hiesige Ortsgruppe unseres Verbandes feierte ihr diesjähriges Gewerkschaftsfest am 19. Nov. im Saale des Herrn Dingel. Trotzdem ein sehr ungünstiges Wetter war, hatte sich eine große Zahl von Kollegen und Kolleginnen von Gronau, Löffel, Löffel und Löffel nach Gronau begeben, um mit den Gronauer Kollegen sich ein paar Stunden zu freuen. Der Vorsitzende des christlichen Gewerkschaftsstellens, Kollege Berce, würdigte in einer Ansprache die Bedeutung des Festes für unsere christliche Gewerkschaftsbewegung und begrüßte die Kollegen und Kolleginnen, den Bezirksleiter Otte und die Kollegen Gecke und Menstal, sowie den als Gast anwesenden Generalsekretär der evangelischen Arbeitervereine, Herrn Martin, Witten a. d. R. Nach dem Abingen eines Begrüßungsliedes sprach die Kollegin Boigt einen Prolog, der die Anwesenden für unsern christlichen Textilarbeiterverband lebhaft begeisterte und der mit brausenem Beifall aufgenommen wurde. Der Kollege Gecke-Boscholt hielt die Festrede. In anschaulicher Weise sprach Redner über die idealen Werte unserer Bewegung, aber auch darüber, daß der Verband mit Erfolg die Lage der Arbeiter verbessert habe. Und dennoch bleibe noch viel zu wünschen übrig. Die Frau müsse darum ihren Mann in seinem Streben nach Besserstellung unterstützen, weil sie es sei, die mit dem Verdienste haushalten müsse. Der Redner sprach

noch über die Notwendigkeit der Gewinnung der Arbeiterjugend für die christl. Gewerkschaften; die Jugend müsse den christlichen Gewerkschaften gehören. Dem Vortrage wurde mit Spannung zugehört. Drei kleine Theaterstücke und humor. Vorträge hielten die Anwesenden noch einige Zeit zusammen. Gegen 12 Uhr war das schön verlaufene Fest zu Ende, welches unsere Kollegen und Kolleginnen mit neuem Mut begeistert, und das Band der Solidarität und Kollegialität die christlichen Gewerkschaftler fester geschlungen hat. Nun an die Hausagitation.

Lambrecht. Die auf Grund der Reichsgewerbeordnung im Jahre 1906, also nach dem Auslande der hiesigen Textilarbeiter, eingeführten Arbeiterausschüsse scheinen hier ein überflüssiges Institut zu sein, mit Ausnahme des Ausschusses der Firma J. S. Marx. In allen weiteren Betrieben werden die Erwartungen, die man daran knüpfte, nicht erfüllt. Leider sieht man von Seiten der Arbeitgeber noch vielfach in den Arbeiterausschüssen eine Opposition gegen die Betriebsleitungen, was durchaus nicht der Fall ist. Ist es doch schon wiederholt vorgekommen, daß Mitglieder genannter Ausschüsse beim Fortschreiten um Mißstände zu beseitigen demnach empfangen wurden, daß ihnen jede Lust verging, noch einmal vorzusprechen. Das Resultat ist dann gewöhnlich: passive Resistenz! Aber noch eine weitere Tatsache ist hier zu beklagen. Wenn ein Arbeitgeber, den man für human hält, das Vorlangen seiner Arbeiter um Einführung eines Arbeiterausschusses einfach ablehnt, mit der Motivierung, er brauche keine Zwischenpersonen, so entspricht das keiner tiefen sozialen Einsicht. Man sieht auch hier wieder, wie die auf dem Papier stehenden Verordnungen praktisch durchgeführt werden. Man braucht sich deshalb nicht zu wundern, wenn die meisten Arbeiter es ablehnen, Mitglied eines derartigen Ausschusses zu werden.

Lobberich. Einstimmig für die Einführung eines Lokalbeitrages ausgesprochen hat sich unsere Versammlung vom 19. November. Außer einer stattlichen Anzahl männlicher Mitglieder hatte sich auch eine größere Anzahl Kolleginnen eingefunden. Aus der vom Kollegen Stiels erstatteten Abrechnung ging folgendes hervor: Die Mitgliederzahl stieg von 840 auf 862. Die Einnahme betrug 3917,20 M. An die Zentralkasse wurden abgeliefert 2867,97 M. Der Kassenbestand der Ortsgruppe betrug am 30. Sept. 1908, 56 M. Hierauf folgte ein Bericht über die am 24. Sept. stattgefundene Bezirkskonferenz. Nachdem Kollege Stiels die zwei ersten Punkte der dort verhandelten Tagesordnung kurz besprochen hatte, erteilte er dem Kollegen H. G. B. Breyell das Wort zu dem Thema: „Die augenblickliche Situation im Verbande“. Aus den Ausführungen des Referenten ging unwiderlegt hervor, daß eine Stärkung der Zentralkasse unbedingt notwendig und diese am besten durch die Einführung von Lokalbeiträgen zu erreichen sei. Eine sich an dieses Referat anschließende Diskussion trug noch wesentlich zur Klärung dieser Frage bei. Zum Schluß ließ der Vorsitzende über die Erhebung eines Lokalbeitrages abstimmen. Die Anwesenden erklärten sich einstimmig für eine Stärkung der Zentralkasse in der hier angeführten Form.

Mienert. Der erste Schnee hat bereits Wiesen und Äuener mit einer schimmernd weißen Decke überzogen gehabt. Das war des Winters Zeichen, daß er die Herrschaft angetreten habe. Er bringt uns kurze Tage und lange Abende, aber damit auch Zeit zur Verbearbeit für unsere christliche Gewerkschaftsbewegung. Wir haben diese Verbearbeit nun auch aufgenommen, müht, trotz der schwierigen Verhältnisse hier im Orte. Als Anlaß für unsere Arbeit sollte gelten die öffentliche Versammlung, die das christliche Gewerkschaftskartell am 26. November einberufen hatte. Kollege Heutmann-Düsseldorf hatte das Referat. Er freudlicher Weise war auch der hiesige Pfarrer und der Vikar anwesend, um ihr Interesse für unsere Bewegung, für ein gefundes wirtschaftliches Vordwärtstreben der Arbeiter an den Tag zu legen. Ferner war zu aller Freude der Herr Ehrenbürgermeister erschienen. Kollege Heutmann sprach über eine wichtige und aktuelle Frage des Arbeiterlebens. Zunächst die Deuerung. Er ging den Gründen nach, die wohl für die seit mehr als zehn Jahren zu beobachtende Steigerung der Preise für alle Bedarfsartikel maßgebend sein könnten. Als solche nannte er: der allgemein steigende Wohlstand, der wachsende Konsum des Volkes, die verbesserten Ansprüche an Schulwesen, Städtewesen, an einer ganzen Menge von städtischen und staatlichen Aufgaben, die zum Teil nur durch eine Belastung von Produktion und Konsumtion hätten befriedigt werden können. Er freudlicher Weise seien ja auch die Löhne gestiegen, die Aufwendungen für die soziale Versicherung, für die Gehälter der Beamten, private, städtische und staatliche, usw. Die Arbeitgeber suchten ihre „Belastung“ auf den Konsum abzumwälzen, in vielen Fällen eine Verreuerung der Produktion und damit auch des Konsums im Gefolge habe. Dann besprach er die Kartellbildung im Handel und Industrie, die Bestrebungen und zum Teil schon erreichte Monopolisierung des Handels in wichtigen Zweigen der Lebensmittel und Bedarfsartikel, die Spekulation und ihre Einwirkung auf die Preiszahlung usw. Auch hätten die Zölle wohl mit zur Verreuerung beigetragen, aber in welchem Maße, sei eine schwer zu bestimmende Frage. Und andererseits hob der Redner die geistige Wirkung unseres ganzen Schutzpolizistens hervor. Dann besprach er auch die jegige außergewöhnliche Deuerung, und deutete auf eine ganze Menge von Gründen hin, die preistreibend gewirkt hätten. Die Sozialdemokratie benutze die Deuerung unter Hebertreibung und Verdrehung der Tatsachen zur Agitation für die Reichstagswahl. Redner legte nun die parteipolitisch-neutrale Stellung der christlichen Gewerkschaften dar, die aber der Sozialdemokratie gegenüber nicht immer angewendet werden könne. Sie sei die Todfeindin unserer Bewegung. Als er die gewerkschaftlichen Verhältnisse der christlichen Gewerkschaften im jetzigen Wahlkampf, und die voraussichtlichen Erfolge der Genossen, besprochen hatte, kam er auf die Notwendigkeit der Stärkung der christlichen Gewerkschaften überhaupt zu sprechen. Redner begründete das unter hauptsächlichster Hervorhebung ideeller Gesichtspunkte, was gerade für unsere Verhältnisse recht angebracht war, weil hier von vielen Arbeitern viel zu sehr die materiellen Dinge im Auge behalten werden. Redner schloß seinen Vortrag mit einer Aufforderung und einer näheren Begründung zur Sammlung für die ausgesperrten christlichen Tabakarbeiter. In der Diskussion nahm unser Herr Pfarrer das Wort, nur auch seinerseits die Arbeiter zur Mitarbeit in den christlichen Gewerkschaften auszufordern. Als Kollege Heutmann die Versammlung geschlossen hatte, gingen alle mit dem Empfinden nach Hause, einige lehrreiche Stunden verlebte zu haben.

Säckingen. Unsere letzte Mitgliederversammlung fand am 19. Nov. im benachbarten Stein statt. Der Besuch war gut. Kollege Rümmele hielt ein Referat über unseren Verband, „Was er ist und was er will“. Die fernige Art des Vortrages, gewürzt mit schlagenden Beispielen, muß auch

unsere lauen Mitglieder etwas aufgerüttelt haben, denn eine etwas größere Tätigkeit in der Agitation konnte nachher bemerkt werden. Nach Schluß des Referats wurde das Ergebnis der Unterhandlungen unseres Arbeiterausschusses mit den Vertretern der Firma „Gesellschaft für Bandfabrikation“ bekanntgegeben, woraus hervorging, daß auf diesem Wege erhebliche Verbesserungen für die Arbeitererschaft erzielt worden sind. In der Diskussion, welche gut ausgenützt wurde, beteiligten sich u. a. die Kollegen Holtger und Wasmer. Eine Sammlung, welche für die ausgesperrten Tabakarbeiter veranstaltet wurde, ergab die Summe von 13,80 M. Nachdem noch beschlossen wurde, eine Hausagitation zu veranstalten, und Kollege Rümmele die Anwesenden aufgefordert hatte, dieselbe energisch zu entfalten, wurde die schön verlaufene Versammlung geschlossen.

Schießbahn. Am Bus- und Bettlage tagte bei Kaiser eine außerordentliche Versammlung der hiesigen Ortsgruppe des christlichen Tagelaborerverbandes. Das Lokal war bis auf den letzten Platz besetzt. Nach Eröffnung der Versammlung durch den Ortsgruppenvorsitzenden Herrn Zypers sprach Kartellsekretär Bonaß-Krefeld über „unsere gegenwärtige Situation“. Außer einem wohlorganisierten Unternehmertum stände uns gegenüber eine fast übermächtige Sozialdemokratie. Es trenne uns von ihnen eine ganze Weltanschauung. Je Christ, je Atheist! sei schon heute auch auf gewerkschaftlichem Gebiete fast die ausschlaggebende Parole, welche für die nächste Zukunft zu einer reinlichen Scheidung der Weister führen müsse. Aber auch auf wirtschaftlichem Gebiete suchten die sozialdemokratischen Gewerkschaften unsere christliche Organisationskraft zu zertrümmern; durch Abschluß von Monopolverträgen, welche einem überzeugten christlichen Arbeiter jede Existenzmöglichkeit in dem betr. Berufe oder Betriebe unmöglich mache, wenn er seine Ueberzeugung, seine Religion nicht der bekannten „Privatsache“ der „Koten“ überantworten wolle; jeder Mann und jede Kraft muß herangezogen werden, um unsere gerechte Arbeitssache im allgemeinen und unsere christlichen Ideale im besonderen zu verteidigen. Mit einem Appell an die Anwesenden schloß der Vorsitzende die anregende Versammlung.

Thiengen-Unterachringen. In unserer Versammlung am 26. November gab zunächst der Kassierer, Kollege Hehle, den Rechenschaftsbericht vom 3. Quartal bekannt. Darauf sprach Bezirksleiter Kollege Rümmele über das Thema: „Unser Verband, was er ist und was er will“. Anschließend daran wurden noch einige in letzter Zeit zutage tretende Mißstände in der Ortsgruppe besprochen. Es wurde noch beschlossen, diesen Winter einen Unterrichtskursus abzuhalten und meldeten sich gleich eine schöne Anzahl Kollegen und Kolleginnen zur Teilnahme daran. Der auf den 20. Januar vorgesehene Familienabend soll erst nach dem Karuss abgehalten werden. Mit der Mahnung, diesen Winter recht zur Agitation zu benutzen, damit in bald weitere positive Erfolge in Gestalt von Lohnerschöbnungen erzielt werden können, wurde die Versammlung geschlossen.

Wierfen. Es war eine Freude, den schönen Besuch und die helle Begeisterung in unserer Versammlung, die wir am Bus- und Bettlage abhielten, zu beobachten. Kollege Schiffer war als Referent erschienen. Das Thema lautete: „Die gegenwärtige Lage des Verbandes und welche Aufgaben erwachen uns für die Zukunft?“ Der Redner kennzeichnete einleitend die gegenwärtige wirtschaftliche Lage, streifte dabei auch die Ursachen der gegenwärtigen Deuerung und kam dann auf den Kampf zu sprechen, den die christliche Arbeitererschaft bei den nächsten Reichstagswahlen mit ihrem mächtigsten Gegner, der Sozialdemokratie, zu führen habe. Dieser Kampf würde voraussichtlich ein äußerst scharfer sein, und es sei damit zu rechnen, daß die Sozialdemokraten in wesentlich verstärkter Zahl — man spreche von 100 bis 120 Mandaten — in den Reichstag einziehen würden. Positive Arbeit habe die Sozialdemokratie noch sehr wenig geleistet. Alle die großen sozialen Gesetze, die hauptsächlich zugunsten der arbeitenden Klasse geschaffen worden seien, wären zustande gekommen, als die Sozialdemokratie noch klein und unbedeutend gewesen sei, wie das Kranken-, das Invaliden-, das Unfallversicherungs- und das Gewerbeberichtigungs-gesetz beweisen. Auch später, als sie zu größerer Bedeutung gelangt sei, wäre ihre Tätigkeit nicht fruchtbarer geworden und sie habe sich, um sich den Ansehen zu geben, als ob sie allein die Interessen der Arbeitererschaft müßsam vertrete, in Forderungen erschöpft, die praktisch unersättlich seien. So hätten die sozialdemokratischen Abgeordneten bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung Anträge gestellt, durch deren Verwirklichung die Belastung von einer Milliarde Mark, welche durch das im Frühjahr vom Reichstag verabschiedete Gesetz entsteht, auf drei Milliarden Mark gestiegen wäre. Das Reich hätte dann allein anstatt 51 über 400 Millionen Mark Zuschuß leisten müssen. Zu der gegenwärtigen Lage der christlichen Gewerkschaften übergehend, teilte der Redner mit, daß die christlichen Gewerkschaften zur Zeit 360.000 Mitglieder zählt u. Die Einnahmen beliefen sich auf 6 Millionen und die Ausgaben auf 5 1/2 Millionen Mark; das Vermögen betrage 6 1/2 Millionen Mark. Im letzten Herbst und Winter sei der Mitgliederbestand des Tagelaborerverbandes durch eine intensive Agitation von 34.000 auf 44.000 gestiegen; er betrage indes jetzt auf Grund des kürzlich neu eingeführten Kartellkontrollsystems 41.000. Auch in Wierfen, das angeblich 1500 Mitglieder zählen sollte, habe sich bei genauer Prüfung herausgestellt, daß es nur 1200 seien. Um der Sache der christlichen Gewerkschaften weitere Ausdehnung zu verschaffen und die Organisation mehr auszubauen, sei geplant, im nächsten Frühjahr in ganz Rheinland und Westfalen durch Veranstaltung eines Arbeiterinnentages eine große Arbeiterinnen-Demonstration stattfinden zu lassen. Man würde sich selbstverständlich vorher mit den konfessionellen Vereinigungen ins Benehmen setzen. Die Demonstration soll von Arbeiterinnenvereinen und Gewerkschaften veranstaltet werden. Unter Hinweis auf die Fortschritte, welche die sozialdemokratische Bewegung unter der Jugend bereits gemacht habe, betonte der Redner, daß sich auch bei den christlichen Gewerkschaften mehr und mehr die Erkenntnis Bahn breche, wie notwendig es sei, die Jugend für sich zu gewinnen. Zu den Kassenverhältnissen unseres Verbandes übergehend, führte Kollege Schiffer aus: Sei uns habe die Kranken- und Arbeitslosenunterstützung in den letzten Jahren enorme Summen verschlungen. Das Sachorgan sei viel reichhaltiger ausgestaltet worden. Die Einführung der konfessionellen Organe für die Arbeiterinnen, dann die Uebernahme der Lokalbeamten auf die Zentralkasse, ferner die Erhöhung der Ortsgruppenprozente, das alles habe mit dazu beigetragen, daß unsere Zentralkasse bedeutend in Anspruch genommen worden sei. Vor allem aber müßten wir im Auge behalten, daß uns vielleicht schon in nächster Zeit größere Kämpfe bevorständen. Es sei deshalb Pflicht eines jeden Mitgliedes, mit Sorge zu tragen, daß dann der Verband, vermöge seiner starken Kasse, imstande wäre, den kommenden Dingen ruhig entgegenzutreten zu können. Von einer allgemeinen Beitragserschöbnung wolle man

aber absehen, jedoch empfehle es sich für die Ortsgruppen, Lokalbeiträge zu erheben. Zum Schluß appellierte Redner an die Anwesenden zur eifrigen Agitation. Fort mit aller Gleichgültigkeit! Die Begeisterung von früher muß wieder Platz greifen, zum Segen des Verbandes, zum Segen der Ortsgruppe Wierfen.

Herr Kaplan Depen, Präses des katholischen Arbeitervereins, hob in der Diskussion unter dem Beifall der Anwesenden hervor, daß er mit dem neuen Gewerkschaftssekretär Franz Glüd vereinbart hätte, in Wierfen gemeinsame Arbeit zu leisten. Des weitern ermunterte er besonders die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen zum Beitritt in die Organisation.

Kollege Glüd betonte in seiner Ansprache, daß es ihm eine Freude sei, die Wierfener Mitglieder in solch starker Zahl versammelt zu sehen. Das gebe ihm Gewähr, daß die Wierfener Arbeitererschaft gemüht sei, mitzuarbeiten an unsere gemeinsamen Aufgaben. Er habe den selten Willen, dasjenige für die Mitglieder zu tun, was man von einem pflichtbewussten Gewerkschaftssekretär verlangen könne. Dazu bedürfte es der Mitwirkung aller Kollegen und Kolleginnen. Zum Schluß dankte Redner noch besonders den allen Vorstandsmitgliedern sowie den Förderern und Förderinnen, welche ihn im Anfange seiner Tätigkeit in Wierfen so tatkräftig unterstützt hätten. Nach einem kurzen Schlußwort des Vorsitzenden fand die imposante Versammlung ihren Abschluß.

Soziale Rundschau.

Dreißig Jahre Reichsarbeiterversicherung. Geschichtlich schließt sich die deutsche Arbeiterversicherung an die kaiserliche Volkschaft vom 17. November 1881 an, so daß also am 17. November dieses Jahres der dreißigjährige Gedenktag war. Die „Nordd. Allg. Zeitg.“ erinnert in ihren Rückblicken an diesen Tag und führt u. a. aus:

„Der warmherzige Wunsch des greisen Fürsten ist in Erfüllung gegangen, das Werk, noch immer unerreicht von der übrigen Staatenwelt, ist unter seinem regierenden Enkel immer weiter und umfassender aufgefaltet worden, und wenn die sozialdemokratische Partei, der an Zufriedenheit in der Arbeiterschaft nichts fehlen ist, ihre Reichstagsfraktion 1883 gegen das Krankenversicherungsgesetz, im folgenden Jahre gegen das Unfallversicherungsgesetz, 1889 gegen das Alter- und Invalidenversicherungsgesetz stimmten ließ, so war sie sich doch insgeheim darüber klar, wie ihre Rolle dabei zu bewerten war.

Neuerdings laufen denn auch die entsprechenden Eingeständnisse zuweilen mit unter. Der Genosse Fischer schrieb dieser Tage, man müsse allseitig zugeben, daß der heutige Alters- und Invalidenrentner eine ganz andere soziale Stellung einnehme, als der arbeitsunfähige Großvater vor 25 Jahren, der seinen Kindern zur Last fiel, oder der es als eine Schande empfand, von der Gemeindeunterstützung zu leben.

„Jede Erhöhung der Rente ist somit ein Stück Kultur-entwicklung! Und der Weltstreit um den Ausbau dieses Gebäudes hat den Gedanken der Gemeinsamkeit, der Gleichheit, Solidarität auch in den Kreisen geweckt und gestärkt, die nicht zu Arbeitern zählen, und er hat damit zur Veredelung des geistigen Lebens beigetragen.“

Dahin gehört auch die Feststellung des Sozialdemokraten Kampfmeyer in den „Sozialistischen Monatsheften“, daß die deutsche Arbeiterversicherung eine tatsächliche ökonomische Verbesserung der Arbeiterschaft um anderthalb Milliarden Mark bedeute. Man kann diese Angabe nach genauere Aufrechnung dahin präzisieren, daß die Versicherten aller Zweige in dem Zeitraum von 1885 bis 1910 rund 3,3 Milliarden an Entschädigung mehr erhielten, als sie an Beiträgen gezahlt haben. Außerdem wurden von den angeammelten Vermögensbeständen (zu Anfang 1910 rund 2,2 Milliarden) auch 729 Millionen für den Bau von Arbeiterwohnungen, Krankenhäusern, Genesungsheimen und für ähnliche Wohlfahrtsanstalten verwendet.

So ist durch die deutsche Arbeiterversicherung eine Flut von Geld abgedämmt worden. Sie hat den Grundsat aufgestellt, dem Arbeiter einen positiven Rechtsanspruch auf bestimmte Leistungen zu schaffen, einen Anspruch, der ihn davor schützt, bei Krankheit, Unfall, Invalidität und Alter der Armenpflege anheimzufallen und damit seiner politischen Rechte verlustig zu gehen. Es ist nicht möglich, die Vorteile des gewaltigen Fürsorgeverkes im engeren Rahmen nach Gebühr zu entwickeln; sein Wirken bildet für Deutschland einen Ruhmestitel, der auch vom Auslande anerkannt wird, und gereicht unserem Volke zum dauernden Segen.

Zur Reichsinvaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Der Reichskanzler veröffentlicht im „Reichs-Gesetzblatt“ die Vorschriften über die Einrichtung der Quittungskarten für die neue Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung, sowie über das Entwerfen und Vernichten der Beitrags- und Zahlungsmarken. Die neue Versicherung tritt am 1. Januar 1912 in Kraft. Mit diesem Tage haben die bisherigen Beitragsmarken (Nebenmarken) ihre Gültigkeit verloren, da andere Marken geklebt werden müssen.

Es werden ab 1. Januar 1912 geklebt:

In der 1. Lohnklasse Marken zu 16 Pfg.

" 2.	" 24
" 3.	" 32
" 4.	" 40
" 5.	" 48

An Stelle der bisherigen Quittungskarten treten am 1. Januar neue Quittungskarten, und dürfen solche nach dem alten Muster nicht mehr ausgegeben werden. Die bis zum 1. Januar ausgegebenen Quittungskarten alten Musters dürfen innerhalb zweier Jahre nach dem Ausstellungstage und, wenn ihre Gültigkeitsdauer durch Abstempelung verlängert ist, bis zu letzterem Zeitpunkt

wieder verwendet werden. Vom 1. Januar dürfen Verlängerungsvermerke in den Quittungskarten nicht mehr angebracht werden.

Die Quittungskarten für die Pflichtversicherten werden in gelber Farbe hergestellt, für Selbstversicherung in grauer Farbe.

Für solche Personen, welche sich selbst versichern, ist die Benutzung von gelben Karten bei Strafe verboten. Dagegen haben diejenigen Personen, welche der Pflichtversicherung angehört haben, falls sie sich selbst weiter versichern, gelbe Karten zu benutzen.

Zur Vermeidung des Verlustes der Ansprüche sind die Quittungskarten binnen zwei Jahren nach dem Tage der Ausstellung zum Umtausch einzureichen.

Alle Ansprüche, auch die auf Grund früherer Karten erworbenen, gehen verloren, wenn nicht innerhalb zwei Jahren mindestens zwanzig Beitragsmarken für Versicherungspflichtige und nicht mindestens 40 Beitragsmarken für Selbstversicherte geleistet worden sind.

Für Versicherungspflichtige sind dann noch folgende Vorschriften aus der Reichsversicherungsordnung auf die gelben Quittungskarten aufgedruckt:

§ 1424 der Reichsversicherungsordnung. Die Karte darf nur die gesetzlich vorgeschriebenen Angaben enthalten und keine besonderen Merkmale tragen; vor allem darf aus ihr nichts über Führung und Leistung des Inhabers zu entnehmen sein. Karten, die dagegen verstoßen, hat jede Behörde, der sie zugehen, einzubehalten und durch neue zu ersetzen. Die nachweisbaren Beiträge werden beglaubigt übertragen. Die beteiligten Versicherungsanstalten werden benachrichtigt.

§ 1425. Niemand darf eine Quittungskarte wider den Willen des Inhabers zurückbehalten. Dies gilt nicht für die zuständigen Stellen, wenn sie die Karten zu Zwecken des Umtausches, der Berichtigung, Aufrechnung, Hebertragung, Beitragsüberwachung oder beim Einzugsverfahren zurückbehalten.

Wer Karten, dieser Vorschrift zuwider, zurückbehält, ist dem Berechtigten für Nachteile hieraus verantwortlich. Die Ortspolizeibehörde nimmt die Karte ab und händigt sie dem Berechtigten aus.

§ 1495. Wer Quittungskarten mit unzulässigen Eintragungen oder mit besonderen Merkmalen versehen, kann vom Versicherungsamt mit Geldstrafe bis zu 20 Mark bestraft werden.

Mit der gleichen Strafe kann bestraft werden, wer in Quittungskarten den Vordruck fälschlich ausfüllt oder die zur Ausfüllung des Vordrucks eingetragenen Worte oder Zahlen verfälscht, oder wissentlich eine solche Karte gebraucht.

Wer die Eintragungen, Merkmale oder Fälschungen in der Absicht macht, den Inhaber Arbeitgebern gegenüber fälschlich zu machen, wird mit Geldstrafe bis zu 2000 Mark oder mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft. Bei mildernden Umständen kann statt der Gefängnisstrafe auf Haft erkannt werden.

Eine Verfolgung wegen Urkundenfälschung (§ 267, 268 des Reichs-Strafgesetzbuchs) tritt nur gegen Personen ein, welche die Fälschung in der Absicht begangen haben, sich oder anderen einen Vermögensvorteil zu verschaffen oder anderen einen Schaden zuzufügen.

Textilarbeiterlöhne in Rußland. Rußland genießt in der ganzen zivilisierten Welt einen recht zweifelhaften Ruf. Es gilt als das Land der politischen Knechtung, des wirtschaftlichen Elendes. Politische Gärungen und Revolutionen, wilde Streiks der Arbeiter, von blutigen Ereignissen oftmals begleitet, sind die Folgen dieser unglücklichen Zustände, in denen die politische radikale und revolutionäre Agitation trotz aller staatlichen Gewalt genügend Nahrung findet. Daß auch die Lage der Textilarbeiter sich nicht wesentlich abhebt von der wirtschaftlichen Lage anderer gewerblichen Arbeitergruppen und in das allgemeine Elendsbild gut hineinpaßt, geht hervor aus einer zahlenmäßigen Darstellung über die Löhne der Textilarbeiter in Moskauer Textilfabrikenrevier, die eine Dr. Elisabeth Sorowik in der Nr. 8 der „Sozialen Praxis“ gibt. Die Verfasserin sagt, daß die hier angegebenen Löhne für Rußland charakteristisch seien. Sie sind zusammengestellt aus einer Untersuchung eines Moskauer Fabrikinspektors.

Die Untersuchung erstreckt sich auf 740 Fabrikbetriebe mit 23466 Arbeitern über 15 Jahren, d. h. auf 76 v. H. der insgesamt geschätzten 307773 Arbeiter. Davon waren 71111 = 60,3 v. H. und Frauen 9248 = 39,7 v. H. Die Erhebung wurde unternommen im November 1908, in dem Monate, in welchem die Arbeit selbst nach dadurch die Arbeitslöhne sich am normalsten gestalten.

In der Textilindustrie verdienen monatlich:

Table with 3 columns: Fabrik, Arbeiter, Frauen. Rows include Gesamt Durchschnitt, Baumwollindustrie, Wolleindustrie, Seidenindustrie.

Nach ungenügender werden die Lohnverhältnisse durch die Einteilung der Löhne nach einzelnen Gruppen: Löhne unter 10 R., von 10 bis 15 R. und so weiter. Hier fallen bei Männern 30 v. H. auf Löhne von 15 bis 20 R., 22,5 v. H. auf Löhne von 10 bis 15 R. und nur 10,7 v. H. auf Löhne über 30 R. Bei den Frauen dagegen 44,5 v. H. auf Löhne von 10 bis 15 R., 26,5 v. H. auf Löhne von 15 bis 20 R., 17,8 v. H. auf Löhne unter 10 R., nur 2,6 v. H. auf Löhne über 25 R.

Während im Gouvernement Moskau nur 10,74 v. H. aller männlichen Textilarbeiter monatlich über 30 R. (= 64,80 M.), und im Durchschnitt nicht mehr als 20 R. (= 48 M.) verdienen, schwanken die Löhne in Deutschland zwischen 48 R. — auch nur im Südpolen — und 106 R. monatlich bei den Webern in Chemnitz. Nebenbei sei

*) Stübel ist rund 3,20 R., hat 100 Kopfen.

bemerkt, daß im Gouvernement Moskau die Spinner 25 R. 89 K. bekommen, also mehr als die Weber (19 R. 29 K.), gerade wie in England und im Gegensatz zu Deutschland, wo die Weber besser bezahlt werden. Auch die Löhne der Frauen zeigen solche gewaltigen Unterschiede.

Ueber 25 R. (= 54 M.) verdienen bloß 2,63 v. H. und beinahe die Hälfte, 44,5 v. H., nur zwischen 10 R. (= 21,60 M.) und 15 R. (= 32,40 M.) und sogar 17,8 v. H. unter 10 R. (21,60 M.), im Durchschnitt 18 R. 75 K. (= 28,70 M.). In Deutschland aber sind die üblichen Löhne 48 M. monatlich.

Dabei darf nicht vergessen werden, daß die Preise für Wohnung, Kleidung und dergleichen in Rußland bedeutend höher als in Deutschland sind. Auch die Preise für die Lebensmittel steigen von Jahr zu Jahr so in die Höhe, daß von billigem Preis jetzt keine Rede sein kann.

In der Metallindustrie — die bekanntlich überall die höchsten Löhne gewährt — verdienen die Männer im Durchschnitt 31 R. 58 K., die Frauen, die hier wenig Verwendung finden, nur 13 R. 38 K. Auf die Gruppe der Löhne über 30 R. fallen bei den Männern 49,8 v. H. und auf die Gruppe bis 15 R. 10,2 v. H. Besonders wieder der Vergleich mit den Löhnen in Deutschland, wo die Metallarbeiter selten weniger als 120 M. monatlich verdienen, zeigt die erbärmliche Lage des russischen Arbeiters.

In anderen Industriezweigen, die in dem moskautschen Bezirk nur ganz wenig verbreitet sind, schwanken die Arbeitslöhne zwischen der durch die Löhne der Textilarbeiter bezeichneten Untergrenze und der Obergrenze der Metallarbeiter.

Nach dieser kleinen statistischen Zusammenstellung wird es jedem klar und doppelt verständlich sein, daß sich auch unter den russischen Textilarbeitern die gewerkschaftliche Organisation regt, und zwar auch unter den christlich gesinnten Textilarbeitern des Landes. Unter den deutschsprechenden Textilarbeitern russisch Polens besteht seit einigen Jahren eine christliche Textilarbeitergewerkschaft mit dem Sitze in Lodz. Sekretär des Verbandes ist der Kollege Wudel, der im vorigen Jahre einige Wochen zum Studium auf unserer Zentralstelle war und auch den vorigjährigen volkswirtschaftlichen Kurkurs in M.-Gladbach mitmachte. Daß jedoch die Organisation nur ganz langsame Fortschritte macht, ist erklärlich. Es sind Hindernisse vielfacher Art vorhanden, nicht zuletzt unter den Mitgliedern des Verbandes selbst, denen naturgemäß eine gewerkschaftliche Schulung noch nicht eigen sein kann.

Berichtigung.

Wahlarbeit der „freien“ Gewerkschaften. In der so überschriebenen Notiz der vorigen Nummer muß es heißen: „Eine Generalversammlung der „freien“ Bauarbeiter (nicht Holzarbeiter) in Frankfurt a. M. bewilligte 1500 M. usw.“

Versammlungskalender.

- Bramsche. 10. Dez., 11 1/2 Uhr, bei W. vor dem Berge. Bramsche. — 4 Uhr bei H. Werner, Engter. Bezenburg. Die Versammlung am 16. Dezember fällt aus. Bocholt. 10. Dez., 3 1/2 Uhr, im Lokale des kath. Arbeitervereins St. Paulus, Arbeiterinnenversammlung. Derslag. 31. Dez., 11 Uhr, bei Fris von der Linnepe. Gibrfeld. 16. Dez., 8 1/2 Uhr, bei Herfenrath, Klobbahn. Gmüddeten. 14. Dez., 6 1/4 Uhr, bei Baumann Generalverf. mit Vorstandswahl. Gieselerkirchen. 16. Dezember, 9 Uhr, im kath. Vereinshaufe, Generalversammlung. Greiz. 9. Dez., 8 1/2 Uhr, in Gollas Restaurant, Hohegasse. Hohenkirchen. 10. Dez., 1/6 Uhr, bei Jakob Beckauf. Metelen. 10. Dez., 6 Uhr, bei Jos. Rod. Neuenkirchen. 5. Dez., 11 1/2 Uhr, bei Emil Jöring, Ver- frauenmännerversammlung. Schanz. 10. Dezember, gleich nach dem Hochamte, bei Ww. Bohwinkel. Sommerfeld. 10. Dez., 8 Uhr, in Gtel's Lokal. Sorau o. L. 14. Dez., 8 1/2 Uhr, „Zu den drei Linden“ Wilhelmshagen, Generalversammlung. Viersen. 10. Dez., 10 1/2 Uhr, bei Peter Müller, für den Bezirk Hoyer, Wodert und Oberbeberich. — 17. Dez., 11 Uhr, bei Ww. Gläfer für den Bezirk Hamm und Unterbeberich. Werben. 10. Dez., 10 Uhr, im Lokale zur Krone a. Markt.

Lokalsekretariat Gronau i. W.

Das Bureau wird am 15. Dezember von Mühlen- mathe 7 nach Mühlenmathe 11 verlegt.

Sämtliche Zuschriften sind vom genannten Tage an diese Adresse (Mühlenmathe 11) zu richten. Dasselbst wird die Kranken- und Arbeitslosenunterstützung Samstags nachmittags von 3 bis 7 Uhr ausbezahlt. Es haben sich die Arbeitslosen jeden Morgen von 9 Uhr an zwecks Kontrolle dort zu melden.

Wilh. Berer, Lokalbeamter.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:

- Magdalena Kroeg in Mülhausen i. Els. Maria Klaus in Neumünster. Frau Etzhorn in Hünigen.

Ehre ihrem Andenken!

Bilanz

der Konsum- und Produktiv-Genossenschaft „Selbst-Hilfe“ e. G. m. b. H. zu Markirch.

Nach dem Art. 33 des Genossenschaftsgesetzes veröffentlichter wir hiermit die Bilanz vom 30. September 1911, genehmigt von der Generalversammlung vom 15. Oktober 1911.

Table with 2 columns: Aktiva, Passiva. Rows include Grundeigentum, Mobilar am. m. 5%, Warenbestand, Kassenbestand mit Bankguthaben, Debitoren am. m. 2%, Zusammen M. 32123,65.

Zahl der Genossen am 30. Sept. 1910 . . . 146 Im Laufe des Geschäftsjahres eingetreten . . . 22

Ausgetreten 7, verzogen 3, gestorben 3 . . . 13 Zahl der Genossen am 30. Sept. 1911 . . . 155

Geschäftsanteile 163 Gesamtsumme M. 6520

Markirch, den 28. November 1911.

Der Vorstand. Der Aufsichtsrat. Ch. André, Vorsitzender. J. W. Jules Berret, Schriftführer. (6,20 M.) Ch. Stebles.

Literarisches.

Eine neue Wohlfahrts-Künstler-Postkarte hat der seine Tätigkeit über ganz Deutschland erstreckende Verein für Wohlfahrts-Marken (zur Bekämpfung der Tuberkulose und anderer Volkskrankheiten) im Galerie-Verlag, Steglitz-Berlin, erscheinen lassen. Sie stellt die „Begegnung Bismarcks mit Napoleon vor Sedan“ dar.

Die von Kaiser Napoleon nach der Schlacht bei Sedan erbetene Unterredung mit dem Bundeskanzler Graf Bismarck hatte am frühen Morgen des 2. September auf der Chaussee nach Donchery, wo beide sich begegnet waren, stattgefunden.

Den Moment des Zusammentreffens veranschaulicht das Bild, welches Ludwig Puz für die Wohlfahrts-Künstler-Postkarten-Serie des Galerie-Verlages gemalt hat. Bismarck hält zu Pferd neben dem kaiserlichen Wagen, in welchem Napoleon — im Begriff, sich zu erheben — dargestellt ist.

Die Gestalt des eisernen Kanzlers — straff im Sattel aufgerichtet — steht in wirksamem Kontraste zu derjenigen des unter der Wucht seines Geschickes zusammengebrochenen Kaisers.

Die Darstellung dieses Augenblickes — wohl eines der bedeutungsvollsten der deutschen Geschichte — wirkt, indem sie auf alles unwesentliche verzichtet, durch die charakteristische Gegenüberstellung der beiden Hauptfiguren als Sieger und Besiegter klar und überzeugend, der stimmungsvolle Moment der Situation ist durch die an der linken Hälfte des Bildes sichtbaren französischen Offiziere in deren Ausdruck und Haltung unterstützt.

Durch die Abteilung des Bildes in drei Felder ist eine wesentlich stärkere Wirkung der Hauptgruppe beabsichtigt und erzielt.

Auch die Wohlfahrts-Künstler-Postkarte Nr. 2 hat die für die Wohlfahrts-Künstler-Postkarten charakteristische, schöne Adressen-Seite erhalten. Diese Adressen-Seite zeigt bezeichnend einen Ritter, der einer Schlange, die die Volkskrankheiten darstellt, den Todesstoß verleiht.

Die Wohlfahrts-Künstler-Postkarte Nr. 2 ist ebenfalls nur bei besseren Ansichtskarten-Verkäufern für den üblichen Preis von 10 Pfg. zu haben. Bei größeren Partiebezügen für Vereine u. kann der Galerie-Verlag in Steglitz-Berlin ermäßigte Preise einräumen.

Le Traducteur, The Translator, Il Traduttore, drei Halbmonatschriften zum Studium der französischen, englischen, italienischen und deutschen Sprache.

Diese Blätter verfolgen den Zweck, den jungen Deutschen, Franzosen, Italiener oder Engländer in der Erlernung der Fremdsprache zu unterstützen und ihm die Mittel in die Hand zu geben, sich eine gründliche und gebiegene Kenntnis in der zu erlernenden Sprache anzueignen. Sie enthalten neben einer durchlaufenden größeren Erzählung eine reichliche Auswahl anderer trefflicher Bildungsmittel: Eine schöne Auswahl von Sprichwörtern, Gedichten, Uebersetzungsaufgaben, Gesprächen, die so recht dem Leben abgelauscht sind, Geschäftsbriefe, Rätsel, Adressennachweis usw. — Probenummern für Französisch, Englisch oder Italienisch kostenfrei durch den Verlag des „Traducteur“ in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Christliche Gewerkschaften und Reichstagswahl. — Unsere Taktik bei Lohnbewegungen und Streiks. — Dauernde Erwerbsunfähigkeit im Sinne der R. V. D. — Zur Entwicklung des deutschen Auslandsgeschäftes in Textilwaren. — Aus der Arbeiterbewegung: Das Wesen des freien Arbeitsvertrages. — Versammlungstatistik dem Gegner gegenüber. — Aus einer sozialdemokratisch verwalteten Krankenkasse. — Der Tanz geht los! — Eine gemeine Wahl-lüge. — Textilarbeiterchaft und Schutzvoll. — Wie die geprügelten Hunde. — Technikerbewegung und Arbeiterchaft. — Terrorismus der Buchdruckerverbändler. — Bestrafte Ver-leumder. — Aus unserer Industrie: Rundschau auf dem Textilmarkt. — Aus dem Verbandsgebiete: An die Orts-gruppenvorstände. — Berichte aus den Ortsgruppen: Barmen-Gibersfeld. — Borghorst. — Gronau. — Lambrecht. — Lobberich. — Meulerk. — Sädlingen. — Schiefbahn. — Thiengen-Unterlauchringen. — Viersen. — Soziale Rund-schau: Dreißig Jahre Reichsarbeiterversicherung. — Zur Reichsinvaliden- und Hinterbliebenenversicherung. — Textil-arbeiterlöhne in Rußland. — Berichtigung. — Versammlungskalender. — Bekanntm. — Sterbetafel. — Bilanz. — Literarisches.